

Anhang.

(Alle Berichte des Anhanges gelten für das Kalenderjahr 1928.)

I. Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz.

Dem Vorstände der Landesversicherungsanstalt gehören zurzeit als beamtete Mitglieder an:

1. Landeshauptmann Dr. Horion als Vorsitzender,
2. Vizepräsident Appellius als stellvertretender Vorsitzender,
3. Landesrat Dr. Scheilmann,
4. " Dr. Diefenhardt,
5. " Dr. Mewes,
6. " Reinbach,
7. " Kneil,
8. " Dr. von Bosse,
9. " Wolf,
10. " Schmidt,
11. " Dr. Brandts,
12. Landesverwaltungsrat Müller,
13. " Meurer.

II. Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Allgemeines.

Das Berichtsjahr 1928 brachte verschiedene Verordnungen und Gesetze in der Unfallversicherung, die von besonderer Bedeutung sind. Zunächst wurde die Zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Februar 1928 über die Abfindungen für Unfallrenten erlassen, sodann die weitere Verordnung vom 14. November 1928 über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung und endlich das Dritte Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928.

Die Verordnung vom 10. Februar 1928 ermöglicht die Abfindungen für Unfallrenten, wenn das Kapital zum Erwerb von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung bereits vorhandenen Grundbesitzes im Deutschen Reich dienen soll.

Die Durchführung dieser sehr zu begrüßenden Verordnung wurde erschwert durch den Mangel an Geldmitteln, so daß den in größerer Anzahl eingegangenen Anträgen zunächst nur vereinzelt entsprochen werden konnte. Da die Beschaffung von Mitteln durch die nächste Umlage nicht möglich sein wird, da diese sich schon durch die größeren Ausgaben für Heilverfahrenskosten und Renten erheblich erhöhen wird, so ist beabsichtigt, durch Aufnahme eines Darlehns bei der Landesversicherungsanstalt die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Die Verordnung über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge regelt in eingehender Weise die verschiedenen Arten der den Unfallverletzten zu gewährenden, zur Erleichterung der Verletzungsfolgen dienenden Hilfsmittel und die Durchführung der Berufsfürsorge durch Vermittlung einer geeigneten Arbeitsstelle oder Ausbildung in einem anderen Berufe, wenn der Verletzte durch den Unfall seinen bisherigen Beruf nicht mehr ausüben kann.

Aus dem Dritten Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 sind hervorzuheben die Ausdehnung der Unfallversicherung auf den bisher nicht versicherten kaufmännischen und verwaltenden Teil von Betrieben und die Übertragung der Entscheidung über die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit von Betrieben auf berufsgenossenschaftliche Schiedsstellen. Eine derartige Schiedsstelle ist für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften beim Verbands der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Kassel errichtet.

Die ordentliche Genossenschaftsversammlung trat am 11. Dezember 1928 zusammen. Die Versammlung hatte in der Hauptsache über eine neue Satzung — Ausgabe 1929 — sowie über eine Ergänzung der Unfallverhütungsvorschriften durch „Vorschriften für die erste Hilfe bei Unfällen“ zu beschließen. Weiterhin erklärte sie sich damit einverstanden, daß der Genossenschaftsvorstand bei schweren Unfällen von Unternehmern, deren Ehegatten und von den im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen die Krankenbehandlung in größerem Umfange als bisher bereits in den ersten 13 Wochen im Interesse eines guten Heilverfahrens durch Fachärzte und besonders für Behandlung von Unfällen geeignete Heilanstalten auf Kosten der Berufsgenossenschaft durchführe. Maßgebend war hierfür, daß durch die Anordnung eines solchen Heilverfahrens nicht nur eine schnellere und bessere Wiederherstellung der Unfallverletzten zu erwarten ist, sondern daß auch hierdurch in Zukunft eine Ersparung an hohen Renten eintreten wird.

Geschäftsumfang.

Die bereits seit einigen Jahren beobachtete Steigerung des Geschäftsverkehrs hat auch im Berichtsjahr weiter angehalten. Die Zahl der Eingänge stellte sich auf 106 288 (95 016 *).

Eine Änderung im örtlichen Bereich der Berufsgenossenschaft ist im Jahre 1928 nicht eingetreten.

Dementsprechend ist auch die Zahl der zur Berufsgenossenschaft gehörenden Hauptbetriebe sowie die Zahl der versicherten Personen die gleiche geblieben.

Ebenso hat sich die Zahl der Nebenbetriebe gegenüber dem Jahre 1927 nicht wesentlich geändert.

Angemeldete und erstmalig entschiedene Unfälle.

Zur Anzeige kamen 11 133 (9 582) Unfälle. Erstmalig entschieden wurden:

durch Anerkennung	3 558	(3 177)	Unfälle
durch Ablehnung	666	(633)	„
hierzu die Fälle, in denen nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle keine nennenswerte Einschränkung in der Erwerbsfähigkeit mehr vorhanden war	1 840	(1 599)	„
zusammen:	6 064	(5 409)	Unfälle.
Aus den Vorjahren wurden Entschädigungen übernommen für	13 564	(12 536)	Fälle
hierzu treten die im Berichtsjahr neu entschädigten	3 558	(3 177)	„
so daß insgesamt Entschädigungen gezahlt wurden in	17 122	(15 713)	Fällen.
Im Laufe des Berichtsjahres kamen in Wegfall	2 545	(2 165)	Fälle
Vom 1. Januar 1929 ab sind also zu entschädigen	14 577	(13 548)	Fälle.

Außer den oben erwähnten 6 064 (5 409) Feststellungsbescheiden wurden noch 6 025 (5 343) Rentenminderungs-, Rentenentziehungs- und andere Bescheide (Abfindung, Einweisung ins Krankenhaus usw.) erlassen, so daß im ganzen 12 089 (10 752) anfechtbare Bescheide in Frage kommen. Außerdem wurden in 257 Fällen ohne Erlaß eines förmlichen Bescheides (§ 1569 a der Reichsversicherungsordnung) Renten gewährt.

Entschädigte Unfälle.

Die im Jahre 1928 erstmalig entschädigten 3 558 (3 177) Unfälle betrafen:

189	(154)	Todesfälle,
32	(44)	dauernd völlig Erwerbsunfähige,
3 337	(2 979)	teilweise Erwerbsunfähige,
3 558	(3 177).	

Von den entschädigten Unfällen entfielen:

auf Männer	2 427	(2 191),
auf Frauen	1 131	(986)
	3 558	(3 177).

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

Von den entschädigten Personen waren:

Unternehmer oder deren Ehefrauen	2 138	(1 868)	= 60,09%
Sonstige Familienangehörige	699	(675)	= 19,65%
Arbeiter und Versicherte bestimmter Gruppen	721	(634)	= 20,26%

Entstehungsursache der Unfälle waren:

Arbeitsmaschinen in	264	(240)	Fällen,
Feuergefährliche Stoffe in	39	(41)	"
Zusammenbruch von Gegenständen in	168	(173)	"
Fall von Leitern usw. in	1 090	(927)	"
Auf- und Abladen in	472	(458)	"
Fuhrwerk in	673	(559)	"
Tiere in	550	(481)	"
Handwerkszeug in	246	(219)	"
Elektrischer Strom in	7	(9)	"
Sonstige Ursachen in	49	(70)	"
	<u>3 558</u>	<u>(3 177)</u>	<u>Fälle,</u>

darunter 158 Fälle mit Blutvergiftung.

Gesamtentschädigungen.

Die Entschädigungsleistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Personen	RM.	RM.
1. Krankenbehandlung:			
a) Behandlung der nicht in Heilanstalten untergebrachten Verletzten	2 169 (1 928)	171 247,63	
b) Heilanstaltspflege	1 466 (1 179)	387 952,63	
c) Gewährung der Pflege	50 (41)	20 069,43	
		zusammen:	579 269,69
2. Berufsfürsorge	6 (10)	—	1 582,70
3. Renten an Verletzte	15 948 (14 251)	—	1 854 932,61
4. Abfindungen an Verletzte	353 (219)	—	121 053,41
5. Leistungen an Hinterbliebene:			
a) Sterbegeld	206 (160)	12 785,—	
b) Renten an Witwen und Witwer	1 304 (1 275)	281 010,76	
c) Renten an Kinder	724 (635)	108 179,98	
d) Renten an Verwandte aufsteigender Linie	28 (26)	4 300,57	
e) Abfindungen an Witwen bei Wiederverheiratung	10 (7)	4 506,—	
f) Einmalige Witwenbeihilfen	26 (23)	6 672,50	
		zusammen:	417 454,81
6. Zuschläge für die Rüdfrage	—	—	—
		Summe der Entschädigungen:	2 974 293,22

Postvorschuß.

Der an die Post zur Deckung der Entschädigungen zu leistende Postvorschuß stellte sich auf monatlich 219 500 RM, d. s. jährlich	2 634 000,— RM
Die Nachzahlung für das Jahr 1928 belief sich auf	327 238,57 „
Der gesamte Postvorschuß betrug hiernach	<u>2 961 238,57 RM</u>

Einnahmen.

Zur Deckung der Ausgaben für das Berichtsjahr konnte zunächst der aus dem Jahre 1927 verbliebene Bestand bereitgestellt werden in Höhe von	586 255,21 RM
An Beiträgen gingen im Jahre 1928 ein	3 783 937,48 „
Die Einnahmen an Strafen und Entschädigungsersatzansprüchen beliefen sich auf	56 846,94 „
Insgesamt standen zur Bestreitung der Ausgaben des Jahres 1928 zur Verfügung	<u>4 427 039,63 RM</u>

Rechnungsabluß.

Einnahmen 4 427 039,63 RM

Ausgaben:

1. Entschädigungen	2 957 762,12 RM		
2. Entschädigungen für Westpreußen, Posen, Cuxen und Malmédy	16 531,10 „		
3. Unfallverhütung (50 920,95 RM), und Unfalluntersuchung (184 613,77 RM), Oberversicherungsämter (54 654,32 RM) u. Reichsversicherungsamt (2 732,80 RM)	292 921,84 „		
4. Finanzdienst (Zinsen für Vorschüsse an die Landesbank)	48 534,02 „		
5. Vergütungen für die ehrenamtlichen Organe der Genossenschaft und der Sektionen (darunter die Kosten der Genossenschaftsversammlung)	3 713,95 „		
6. Gehälter für die beim Genossenschaftsvorstande und den 78 Sektionsvorständen beschäftigten Beamten und Angestellten:			
Genossenschaftsvorstand	267 787,15 „		
Sektionsvorstände	221 143,40 „		
7. Beitrag zum Pensionsfonds, zur Ruhegehaltstasse, Krankenkasse, einmalige Unterstützungen	57 335,47 „	} für den Genossenschaftsvorstand und die Sektionsvorstände	
8. Reisetkosten der Beamten	3 165,12 „		
9. Kosten für Mieten, Heizung, Beleuchtung, Reinigung der Geschäftsräume	41 585,57 „		
10. Büro- und Kassenbedürfnisse, Kosten der Veröffentlichungen	18 455,87 „		
11. Anschaffung und Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände	8 089,06 „		
12. Postkosten, Fernspreckgebühren	22 956,88 „		
13. Sonstiger Verwaltungsaufwand	5 682,60 „		
Summe der Ausgaben:	<u>3 965 664,15 RM</u>		

Die Jahresrechnung für 1928 schließt ab mit einer

Einnahme von	4 427 039,63 RM
Ausgabe von	3 965 664,15 „

Der Bestand (eiserner Betriebsfond) beträgt: 461 375,48 RM

Rücklage.

Nach dem Erlaß des Reichsversicherungsamts vom 2. Januar 1928 IR 1202/27, betr. Bewertung der Vermögensbestände, beläuft sich der Buchwert der Wertpapiere am 31. Dezember 1928 auf:

1. Auslosungsscheine der Deutschen Ablösungsanleihe	5 342,81 RM
2. Auslosungsscheine der Stadt Düsseldorf	1,— „
3. Auslosungsscheine der Stadt Duisburg	1,— „
4. Auslosungsscheine der Rheinprovinz	32 370,— „
zusammen:	<u>37 714,81 RM</u>

Der Barbestand der Rücklage belief sich am 31. Dezember 1928 auf 44 231,82 RM

Insgesamt: 81 946,63 RM

Streitfälle.

Einschließlich der aus dem Jahre 1927 übernommenen Fälle waren insgesamt 2611 Berufungen bei den Oberversicherungsämtern anhängig.

Beim Reichsversicherungsamt schwebten einschließlich der aus 1927 übernommenen Fälle 241 Refurse.

Bestrafungen, Rückgriff gegen Unternehmer und Dritte.

Bestraft wurden 180 (199) Betriebsunternehmer wegen verspäteter Unfallmeldung und 2335 (3335) wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften.

Wegen fahrlässig verschuldeter Unfälle wurden in 103 (95) Fällen von den Ersatzpflichtigen unsere Aufwendungen erstattet.

Unfallverhütung.

Wegen der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften im Berichtsjahr wird auf den besonderen, als Anlage beigefügten Jahresbericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe verwiesen.

**Unterstützung an Pflegestationen und Sanitätskolonnen.
Kontrolle der Verletzten.**

Die Einrichtung neuer und die Unterhaltung bereits bestehender Pflegestationen sowie die Ausstattung von Sanitätskolonnen mit Ausrüstungsstücken wurden im Interesse der Förderung der ersten Hilfe bei Unfällen auf dem Lande, wie in den Vorjahren, so auch im Berichtsjahr, weiterhin unterstützt.

Es wurden gewährt:

ein Zuschuß von 100 RM an die	Krankenpflegestelle in Heddesheim, Kreis Kreuznach,
" " " 50 " " "	Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Euskirchen,
" " " 75 " " "	Schwesternstation des Vaterländischen Frauenvereins in Flammersfeld, Kreis Altenkirchen,
" " " 150 " " "	den Zweigverein vom Roten Kreuz in Krefeld,
" " " 50 " " "	die Sanitätskolonne in Lobberich, Kreis Kempen,
" " " 150 " " "	Krankenschwesternstation Thalfang, Kreis Bernkastel,
" " " 150 " " "	Schwesternstation in Berglicht, Kreis Bernkastel,
" " " 250 " " "	den Kreis Euskirchen (Krankenauto),
" " " 200 " " "	die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Aidenau.

Die Kontrolle von Rentenempfängern hinsichtlich ihrer Erwerbsbeschränkung durch den ärztlichen Berater der Berufsgenossenschaft fand im Berichtsjahr in 27 (36) Kreisen statt; insgesamt wurden hierbei 1115 (1708) Untersuchungen und Begutachtungen vorgenommen.

Mit dieser Kontrolle von Rentenempfängern wurden Begutachtungen zahlreicher Verletzungsfälle behufs erstmaliger Rentensatzsetzung, Beschaffung bzw. Erneuerung von künstlichen Gliedern, Anordnung geeigneter Behandlungsmaßnahmen u. a. m. verbunden.

III. Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

I. Allgemeines.

1. Feuerversicherung.

Das Geschäft hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl hinsichtlich der Zahl der Versicherungen als auch des Versicherungskapitals und der Beiträge günstig weiter entwickelt. Die Zahl der Brandschäden sowie die Höhe der Entschädigungen sind gegen das Vorjahr gestiegen. Der Schadensverlauf kann aber immer noch als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Zahl der Versicherungen	1927 :	778 808	
" " "	1928 :	808 768	
Das Versicherungskapital	1927 :	11 416 067 942,—	RM
" " "	1928 :	12 266 828 433,—	"
Die Versicherungsbeiträge	1927 :	12 394 290,07	"
" " "	1928 :	13 628 132,45	"
Zahl der Brandschäden	1927 :	9 936	
" " "	1928 :	10 980	
Festgestellte Entschädigungen	1927 :	4 966 852,10	"
" " "	1928 :	6 427 559,90	"

2. Nebenzweige (Einbruchdiebstahl-, Wasserschäden- und Glasversicherung). Es betragen:

Die Zahl der Versicherungen	1927 :	30 788	
" " " "	1928 :	35 819	
Die Versicherungsbeiträge	1927 :	624 509,71	RM
" " "	1928 :	715 508,04	"
Die festgestellten Entschädigungen	1927 :	157 005,37	"
" " "	1928 :	192 481,97	"

3. Hagelversicherung.

Im Gegensatz zum Vorjahre war der Schadenverlauf nicht ungunstig. Es betragen:

Die Zahl der Versicherungen	1927 :	3 747	
" " " "	1928 :	5 403	
Das Versicherungskapital	1927 :	14 898 650,—	RM
" " "	1928 :	21 319 030,—	"
Die Versicherungsbeiträge	1927 :	132 048,50	"
" " "	1928 :	333 974,66	"
Die Zahl der Schäden	1927 :	1 221	
" " "	1928 :	845	
Die festgestellten Entschädigungen	1927 :	422 957,60	"
" " "	1928 :	210 488,38	"

Der Abschluß der Hagelversicherung gestaltete sich wie folgt:

I. Einnahmen.

1. Versicherungsbeiträge	190 148,40	RM.
2. Zuschlag für Nachschußrückversicherung	59 988,90	"
3. Versicherungssteuer	4 540,40	"
4. Portokosten	2 569,40	"
5. Nachschuß aus 1927	99 036,80	"
6. " für 1928	1 153,90	"
7. Leistungen der Mit- und Rückversicherer	272 987,66	"
Summe	630 425,46	RM.

II. Ausgaben.

1. Schäden einschl. Abschätzungskosten	224 943,60 RM.
2. Beiträge an Mit- und Rückversicherer	237 428,63 "
3. Provisionen und Verwaltungskosten	59 967,02 "
4. Versicherungssteuer	4 540,40 "
5. Rückzahlung an die Feuerabteilung	103 545,81 "
	<hr/>
	Summe 630 425,46 RM.

(Hier sind bei Beiträgen und Nachschuß die Zahlen für das ganze Geschäftsjahr 1928 eingeseht, während der Kassenabschluß Seite 8 mit dem 15. November 1928 abschließt. Hieraus erklärt sich die Abweichung von 16 353,34 RM.)

4. Haftpflichtversicherung.

Diese Versicherung wird von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für Rechnung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt betrieben. Der Schadenverlauf muß leider wie bei allen Privatgesellschaften noch immer als recht ungünstig bezeichnet werden. Die zur Gesundung dieses Geschäftszweiges eingeführte Erhöhung der Beiträge rechtfertigen indessen die Hoffnung, daß das Jahr 1929 einen günstigeren finanziellen Abschluß bringen wird. Der Versicherungsbestand selbst abgeschlossener Versicherungen betrug Ende

1928: 29 223 Versicherungen über 1 117 083,25 RM. Jahresprämie gegen

1927: 23 467 Versicherungen über 867 693,02 RM. Jahresprämie.

5. Autokaskoversicherung.

Diese Versicherung wird ebenfalls für Rechnung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt betrieben. Am Schlusse des Jahres 1928 betrug der Versicherungsbestand selbst abgeschlossener Versicherungen:

721 Versicherungen über 238 260,46 RM. Jahresbeiträge gegen

317 Versicherungen über 122 484,73 RM. Jahresbeiträge Ende 1927.

II. Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat der Anstalt besteht aus folgenden Herren:

1. Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Adenauer als Vorsitzender,
Landeshauptmann Dr. Horion als stellvertretender Vorsitzender,
Kammerherr Graf Beißel von Gymnich,
Fabrikant Ernst Tönnemann,
Schreinermeister Pampus,
Weingutsbesitzer Andres,
Oberbürgermeister Dr. Jarres,
Gutsbesitzer Frings,
Bürgermeister Grootens,
Landesrat Wingender,
Stadtverordneter Dunder,
Generaldirektor Adams.

2. Stellvertretende Mitglieder:

Rechtsanwalt Dr. Kaufhold,
Generaldirektor Wiedemeyer,
Landwirt Adolf Rother,
Heinrich Kurth,
Landwirt Schroer,
Generaldirektor Dr. Hold,
Gutsbesitzer Bommers,
Bürgermeister Neusen,
Direktor Friß Hoff,
Friß Marquart.

III. Personalien.

Provinzialversicherungsrat Ne y b e n ist am 1. April 1928 in den Ruhestand getreten. Vom gleichen Tage ab wurde Landesoberarchitekt B ö h m zum Provinzialversicherungsrat ernannt.

Das langjährige Mitglied des Verwaltungsrats Rentner B o r g s ist im Februar d. J. gestorben.

IV. Geschäftsumfang und Geschäftsbetrieb.

	Anzahl der Versicherungen		Versicherungskapital		Versicherungsbeiträge			
	1928	1927	1928	1927	1928		1927	
	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.
Immobilien-Feuer-Vers.	457 092	442 486	8 313 636 424	7 655 570 189	7 863 998	75	7 128 941	46
Mobilien-Feuer-Vers.	351 676	336 322	3 953 192 009	3 760 497 753	5 764 138	70	5 265 348	61
Mietverlust-Versicherung	6	5	35 600	31 600	84	40	59	—
Betriebsverlust-Versicherung	2	2	87 920	117 320	86	60	1 136	40
Einbruchdiebstahl-Versicherung	27 002	22 994	482 788 685	425 469 615	457 613	23	403 882	12
Wasserschäden-Versicherung	1 889	1 740	148 415 400	131 340 800	46 918	20	43 999	05
Glas-Versicherung	6 928	6 054	—	—	212 976	61	176 628	54
Hagel-Versicherung	5 403	3 747	21 319 030	14 898 650	333 974	66	132 048	50
Summe	849 998	813 350	12 919 475 068	11 987 925 927	14 679 786	15	13 152 043	68

Brandschaden-Statistik 1928

Die Zahl der Brandschäden betrug: Reichsmarkschäden . . . 9 952
 Devisenschäden 2
 Frankenschäden 1 026
 Summe 10 980

Die Brandentschädigungen betragen:

	1928			1927		
	Schäden R.M.	Rpf.	% der Beiträge	Schäden R.M.	Rpf.	% der Beiträge
für Immobilien	3 645 804	42	46,36	2 878 790	15	40,38
„ Mobilien	2 781 755	48	48,26	2 088 061	95	39,66
zusammen	6 427 559	90	47,18	4 966 852	10	40,07

In 2 047 Fällen wurden die Gebäude allein
 „ 7 808 „ „ „ Mobilien „
 „ 1 125 „ „ „ Gebäude und Mobilien gleichzeitig betroffen.

Was den Umfang der Schäden betrifft, so waren:

9 267	} 10 201	Schäden unter	1 000 RM.	
934			" "	1 000 Fres.
170	} 197	" über	1 000 RM.	bis 2 000 RM.
27			" "	1 000 Fres.
99	} 109	" "	2 000 RM.	" 3 000 RM.
10			" "	2 000 Fres.
150	} 164	" "	3 000 RM.	" 6 000 RM.
14			" "	3 000 Fres.
113	} 120	" "	6 000 RM.	" 10 000 RM.
7			" "	6 000 Fres.
92	} 107	" "	10 000 RM.	" 20 000 RM.
15			" "	10 000 Fres.
63	} 82	" "	20 000 RM.	
19			" "	20 000 Fres.
9 954	} 10 980			
1 026				

Der höchste Schaden betrug 163 266 RM. (Immobilien 98 700 RM., Mobilien 64 566 RM.)

Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen sich die Schäden wie folgt:

- a) Aachen 1660 Brände
- b) Koblenz 1103 "
- c) Köln 2254 "
- d) Düsseldorf 3901 "
- e) Trier 2028 "
- f) Freistaat Birkenfeld 16 "
- g) Saarpfalz 18 "

Summe 10 980 Brände

Die Brände verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

- Januar 1218 Brände
- Februar 1028 "
- März 1146 "
- April 829 "
- Mai 768 "
- Juni 798 "
- Juli 818 "
- August 787 "
- September 727 "
- Oktober 802 "
- November 830 "
- Dezember 1229 "

Summe 10 980 Brände

Ueber die Ursachen der Entstehung der Brände ist folgendes zu bemerken:

a) Vorsätzliche Brandstiftung	1. Erwiesene	in	20 Fällen
	2. Mutmaßliche	"	189 "
b) Fahrlässige Brandstiftung		"	5439 "
c) Trocknen am Herd oder Ofen		"	1519 "
d) Fehlerhafte Feuerungsanlagen, fehlerhafte Baukonstruktion		"	1193 "
e) Lokomotivfeuerung		"	23 "
f) Lokomobilfeuerung		"	2 "
g) Elektrische Anlagen		"	808 "
h) Blitz		"	410 "
i) Gewerbe und Fabrikbetrieb, sofern nicht Fahrlässigkeit vorliegt		"	102 "
k) Explosionen		"	113 "
l) Selbstentzündung		"	8 "
m) Schäden, deren Entstehungsursache unter keine der vorstehenden Rubriken zu bringen ist		"	364 "
			<u>Summe 10190</u>

In 790 Fällen aller vorgekommenen Schäden ist die Entstehungsursache nicht ermittelt worden.

Die finanziellen Ergebnisse

A. Feuer und Nebenzweige.

		RM	Rpf.	RM	Rpf.
I. Einnahme.					
1.	Bestand aus dem Vorjahre			1 118 983	18
2.	Beitragsüberträge aus dem Vorjahre			1 050 000	—
3.	Beiträge:				
a)	Einnahmesterne aus dem Vorjahre			63 336	98
b)	Beiträge für 1928 Feuerversicherung u. Nebenzweige				
1.	Immobilien-Feuerversicherung	7 863 993	75		
2.	Mobilien- „ „	5 764 138	70		
3.	Mietverlust- „		84		40
4.	Betriebsverlust- „		86		60
5.	Einbruchdiebstahl- „	457 613	23		
6.	Wasserleitungsschäden- „	46 918	20		
7.	Glas- „	212 976	61	14 345 811	49
4.	Beiträge der Hagelversicherung			333 974	66
5.	Gebühren der Versicherten und Ersatz von Auslagen			116 114	38
6.	Aus Rückversicherung Feuer und Nebenzweige erhaltene anteilige Schäden, Provisionen und Gewinnanteile Rest aus dem Vorjahr			487 265	93
7.	Desgleichen 1928			1 397 379	67
8.	Aus Mit- und Rückversicherung Hagel erhaltene anteilige Schäden und Provisionen			272 987	66
9.	Eingegangene Versicherungssteuer			704 218	02
10.	Kapitalerträge:				
a)	Zinsen	811 058	62		
b)	Mieten	58 350	95	869 409	57
11.	Zurückgezahlte Darlehen			34 630	07
12.	Sonstige Einnahmen			56 830	11
Summe				20 850 941	72

find folgende:

A. Feuer und Nebenzweige.

II. Ausgabe.		RM	Rpf.	RM	Rpf.		
1. Schäden aus Vorjahren	a) gezahlt	135 812	89	263 715	41		
	b) zurückgestellt	127 902	52				
2. Schäden aus 1928 Feuer und Nebenzweige:							
Immobilien	a) gezahlt 3 547 765,26	3 645 804	42	6 620 041	87		
	b) zurückgestellt 98 039,16						
Mobilien	a) gezahlt 2 734 725,18	2 781 755	48				
	b) zurückgestellt 47 030,30						
Einbruchdiebstahl	a) gezahlt 94 382,12	95 215	12				
	b) zurückgestellt 833,—						
Wasserleitungsschäden	a) gezahlt 11 532,49	12 202	49				
	b) zurückgestellt 670,—						
Glasschäden	a) gezahlt 83 447,86	85 064	36				
	b) zurückgestellt 1 616,50						
3. Schadenermittlungskosten Feuer und Nebenzweige						137 103	17
4. a) Schäden Hagelversicherung 1928		210 488	38			224 943	60
b) Schadenermittlungskosten		14 455	22				
5. An Mit- und Rückversicherung gezahlte Beiträge:						1 485 222	43
a) Feuer- und Nebenzweige				237 428	63		
b) Hagelversicherung				704 218	02		
6. Versicherungssteuer an Finanzamt abgeführt				1 050 000	—		
7. Überträge an Beiträgen auf das nächste Jahr							
8. Verwaltungskosten:							
a) gemäß Haushaltsplan		2 679 302	54	4 801 866	99		
b) sonstige (Provisionen und Hebegebühren)		2 122 564	45				
9. Sondervergütungen				158 425	60		
10. Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke:							
a) für Verbesserungen der Feuerlöschrichtungen		260 922	90	477 122	90		
b) für Wasserleitungen		150 000	—				
c) Beitrag zur Feuerwehr-Anfallkasse zur Unterstützungs- kasse und zu den Kosten des Feuerwehrverbandes		36 200	—				
d) Zuwendungen an die Sterbekasse		30 000	—				
11. Beitrags-Erstattungen				10 348	24		
12. Zinsen von Hauszinssteuer-Hypothek				2 880	—		
13. Sonstige Ausgaben				170 249	33		
14. Überschuß				4 507 375	53		
Von dem Ueberschuß von RM 4 507 375,53							
find bereits verwendet:							
a) Beteil. an Rhein. Wohnungsfürsorge	119 250,—						
b) Darlehen einschl. 300 900 RM für Wasserleitungen	2 126 886,76						
c) Rücklage an den Fonds zur gesetz- lichen Ruhegehalts- und Hinter- bliebenenversorgung der Beamten	210 972,14						
d) Festanlage auf 5 Jahre bei der Landes- bank	950 000,—						
e) Anlagen für den Sicherheitsfonds gemäß § 12 Abs. 3 der Satzung	821 223,20	RM 4 228 332,10					
bleiben zur Anlage für den unter e) genannten Fonds verfügbar		RM 279 043,43					
		Summe		20 850 941	72		

B. Haftpflichtversicherung.

I. Einnahme.		RM	Rpfr.	RM	Rpfr.
1. Überträge aus dem Vorjahre:					
a) Prämienüberträge		42 538	90		
b) Reserven für schwebende Versicherungsfälle		285 460	—	327 998	90
2. Prämien 1928:					
a) für selbst abgeschlossene Versicherungen		988 458	54		
b) in Rückdeckung übernommene Versicherungen		4 461	85	992 920	39
3. Kapitalerträge (Zinsen)				196	43
4. Vergütung der Rückversicherer für					
a) eingetretene Versicherungsfälle		582 918	13		
b) sonstige Leistungen		287 687	89	870 606	02
5. Sonstige Einnahmen				243	95
Summe der Einnahme				2 191 965	69
II. Ausgabe.					
1. Verlustvortrag aus dem Vorjahre				182 989	03
2. Schäden aus dem Vorjahre:					
a) gezahlt		206 628	70		
b) zurückgestellt		221 410	—	428 038	70
3. Schäden im Geschäftsjahr aus selbst abgeschlossenen Ver-					
sicherungen:					
a) gezahlt		231 183	05		
b) zurückgestellt		370 912	—	602 095	05
4. Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versiche-				669	26
rungen				824 187	09
5. Rückversicherungsprämien					
6. Verwaltungskosten:					
a) Agenturprovisionen		174 629	87		
b) sonstige		230 928	71	405 558	58
7. Abschreibungen				211	21
8. Prämienüberträge				53 517	11
Summe der Ausgabe				2 497 266	03
Bleibt Verlust auf neue Rechnung vorzutragen				305 300	34

C. Autokaskoversicherung.

I. Einnahme.		RM	Rpfl.	RM	Rpfl.
1. Bestand aus dem Vorjahre				1 634	74
2. Überträge aus dem Vorjahre:					
a) Prämienübertrag	2 429	30			
b) Reserven für schwebende Versicherungsfälle	13 714	50		16 143	80
3. Prämien 1928 für:					
a) selbst abgeschlossene Versicherungen	234 950	75			
b) in Rückdeckung übernommene Versicherungen	11 308	19		246 258	94
4. Vergütungen der Rückversicherer für:					
a) eingetretene Versicherungsfälle	80 304	88			
b) sonstige Leistungen	59 539	70		139 844	58
Summe der Einnahme				403 882	06
II. Ausgabe.					
1. Schäden aus dem Vorjahre gezahlt				11 645	57
2. Schäden im Geschäftsjahre aus selbst abgeschlossenen Versicherungen:					
a) gezahlt	66 398	72			
b) zurückgestellt	31 535	—		97 933	72
3. Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versicherungen:					
Schäden a) geleistet	1 574	29			
Schäden b) zurückgestellt	1 354	18			
Schäden c) sonstige Leistungen	1 370	57		4 299	04
4. Rückversicherungsprämie				181 152	62
5. Verwaltungskosten:					
a) Agenturprovisionen	41 548	29			
b) sonstige	34 967	86		76 516	15
6. Prämienüberträge				15 775	47
Summe der Ausgabe				387 322	57
Ergibt einen auf neue Rechnung vorzutragenden Überschuß				16 559	49

der Rheinprovinz am 31. Dezember 1928:

Belastungen.	RM	Rpfr.	RM	Rpfr.
1. Rückgestellte Beiträge, Feuer- und Nebenzweige			1 050 000	—
2. Rückgestellte Schadenbeträge			276 091	48
3. Rückgestellte Bewilligungen für gemeinnützige Zwecke			60 000	—
4. Nicht eingezahlte Kapitaleinlagen auf Beteiligungen:				
a) Deutscher Gemeinnütziger Rückversicherungsverband	35 816	33		
b) Zentropa, Zentraleuropäische Versicherungsbank	83 250	—		
c) Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H.	238 500	—		
d) Rheinische Beamtenbaugesellschaft m. b. H.	22 500	—	380 066	33
5. Hauszinssteuerhypothek			96 000	—
6. Rücklage für die gesetzliche Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten			402 137	14
7. Bewilligte, aber noch nicht gezahlte Darlehen für Wasserleitungen			390 800	—
8. Rückgestellte Beiträge:				
a) für die Haftpflichtversicherung	53 517	11		
b) Autokaskoversicherung	15 775	47	69 292	58
9. Rückgestellte Schadenbeträge:				
a) für die Haftpflichtversicherung	592 322	—		
b) für die Autokaskoversicherung	32 889	18	625 211	18
10. Noch zu verwendender Überschuß			279 043	43
Summe			3 628 642	14

zu bildende Sicherheitsfonds 9 696 256,99 RM.

D. Feuerwehr-Unfallkasse der Rheinprovinz.

I. Einnahme.			II. Ausgabe.		
	RM.	Rpf.		RM.	Rpf.
1. Bestand aus dem Vorjahre	155	48	1. Renten	64 818	25
2. Beiträge der Kassenmitglieder	102 043	90	2. Entschädigungen	43 338	20
3. Beitrag der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt	30 000	—	3. Kapitalabfindungen	31 000	—
4. Zinsen	4 747	50	4. Kurkosten, sowie für Gutachten usw.	23 828	64
5. Erlös für Franken (Bezirksvertretung Saarbrücken)	10 224	05	5. Sonstiges	509	20
Summe	147 170	93	Summe	163 494	29

Mithin Vorschuß: 16 323,36 RM.

Das Stammkapital betrug Ende 1928:

a) 55 000 RM. 8 % Goldpfandbriefe der Landesbank der Rheinprovinz im Kurswerte von 51 100,— RM.	
b) 12 500 RM. 7 % Gold-Kommunal-Obligationen der Landesbank	11 843,75 "
	Summe 62 943,75 "
ab Vorschuß	16 323,36 "
	bleibt Summe des Vermögens 46 620,39 RM.

Am Jahreschlusse gehörten der Unfallkasse an:

Aus dem Regierungsbezirk Aachen	1	(1) ¹⁾	Berufswehr	mit	86	(57)	Mitgliedern
	153	(157)	freiwill. Wehren	"	5 920	(6 045)	"
	8	(5)	Pflichtwehren	"	384	(176)	"
	7	(5)	Fabrikwehren	"	178	(174)	"
Aus dem Regierungsbezirk Koblenz	1	(1)	Berufswehr	"	24	(24)	"
	231	(230)	freiwill. Wehren	"	10 496	(10 498)	"
	141	(117)	Pflichtwehren	"	5 272	(4 559)	"
	4	(2)	Fabrikwehren	"	118	(58)	"
Aus dem Regierungsbezirk Köln	320	(301)	freiwill. Wehren	"	12 454	(12 502)	"
	3	(7)	Pflichtwehren	"	274	(353)	"
	6	(5)	Fabrikwehren	"	187	(266)	"
	Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf	2	(2)	Berufswehren	"	44	(40)
332		(311)	freiwill. Wehren	"	19 208	(19 167)	"
1		(1)	Pflichtwehr	"	33	(37)	"
37		(31)	Fabrikwehren	"	1 364	(1 179)	"
Aus dem Regierungsbezirk Trier	1	(1)	Berufswehr	"	11	(11)	"
	525 ²⁾	(520)	freiwill. Wehren	"	22 371	(23 599)	"
	122	(105)	Pflichtwehren	"	5 212	(4 083)	"
	7	(6)	Fabrikwehren	"	342	(276)	"
Summe 1902	(1 808)	Wehren	mit	83 978	(83 104)	Mitgliedern	

¹⁾ Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1927.²⁾ Einschl. 3 freiwill. Wehren mit 163 Mitgliedern, Landessteil Birkenfeld.

E. Unterstützungskasse für bei der Löschhilfe Beschädigte und Verunglückte.

I. Einnahme.		
	RM.	Rpf.
1. Bestand aus dem Vorjahre	1 546	07
2. Zuschuß der Anstalt	1 200	—
Summe	2 746	07

II. Ausgabe.		
	RM.	Rpf.
1. Unterstützungen	1 656	35
Summe	1 656	35

Mithin Bestand 1 089,72 RM.

Die Zahl der Unfälle, für welche Unterstützungen gezahlt worden sind, betrug 13.

Düsseldorf, den 20. Juli 1929.

Der Generaldirektor
der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz
Adams.



IV. Landesbank der Rheinprovinz.

Verwaltungsrat der Landesbank.

Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. A d e n a u e r, Vorsitzender,
Landeshauptmann Dr. S o r i o n, stellv. Vorsitzender,
Generaldirektor der Landesbank B e l,
Generaldirektor der Landesbank B e r n e g a u,
Geheimer Kommerzienrat Dr. H a g e n,
Landesökonomierat B o l l i g,
Stadtverordneter S a n d e r s,
Weingutsbesitzer A n d r e s,
Oberbürgermeister Dr. J a r r e s,
Direktor H o f f,
Schriftleiter S t e i n b ü c h e l.

Stellvertreter:

Rechtsanwalt Dr. E s c h,
—
—
Oberbürgermeister G i e l e n,
Rechtsanwalt L o e n a r z,
Polizeipräsident E l f e s,
Gutsbesitzer S c h r o e r,
Rechtsanwalt und Notar B i e l h a b e r,
Beigeordneter H a a s,
Reichsangestellter M ü l l e r.

Mitglieder bzw. Stellvertreter mit beratender Stimme:

Provinziallandtagsabgeordneter D u n d e r,
Gutsbesitzer J o s e f P a u l i,
Ökonomierat K e m m a n n.

Expedient B e h h o l d,
—
—

Mitglieder, die der Rheinisch-Westfälische Sparkassenverband als seine stimmberechtigten Vertreter in den Verwaltungsrat gewählt hat:

Bürgermeister G r o o t e n s,
Bürgermeister Dr. M a x e r a t h,
Landrat, Geh. Regierungsrat Dr. K a u f m a n n,
Kreis-Sparkassendirektor F a h l b u s c h,
Kreis-Sparkassendirektor M u t h,
Bürgermeister N o h l,

Beigeordneter Dr. W i t t e n,
Beigeordneter Dr. O d e n k i r c h e n,
Landrat Dr. P o h l,
Direktor S t o l l b e r g,
Direktor H ö l l e r,
Bürgermeister Dr. K i n z e n.

Die Kredit- und Revisions-Kommission besteht aus drei Mitgliedern des Verwaltungsrates:

Bürgermeister G r o o t e n s,
Direktor H o f f,
Landrat, Geh. Regierungsrat Dr. K a u f m a n n.

Personalien.

Im Berichtsjahr entriß uns der Tod vier bewährte Beamte, und zwar Herrn Abteilungsdirektor C o l l e t, die Herren Prokuristen G e s a n g und N a u e n sowie Herrn R ö l k e. Pflichttreue, Berufs- und Arbeitsfreudigkeit zeichneten dieselben in besonderem Maße aus, und so wird ihr Andenken in Ehren fortbestehen.

Das Wirtschaftsjahr 1928.

Das Jahr 1928 hat manche Enttäuschungen gebracht; es begann mit großen Hoffnungen auf eine weitere günstige Entwicklung des Kapitalmarktes und auf die Möglichkeit weiterer Kreditverbilligung. Der inländische Kapitalmarkt zeigte indes nur geringe Aufnahmefähigkeit. Um die Jahresmitte versagte auch der amerikanische Kapitalmarkt infolge zu starker Inanspruchnahme im Mai und wegen besonderer inneramerikanischer Vorgänge. Etwas mehr in den Vordergrund als Geldgeber traten dafür England und Frankreich.

Die Konjunktur bewegte sich während des ganzen Jahres in absteigender Richtung. Eine konjunkturelle Entlastung des Geldmarktes machte sich jedoch erst gegen Jahresende bemerkbar. Die Oktoberbilanzen der Banken zeigen eine übernormale Vermehrung der Kreditoren, die Nachweisung der Einlagen bei den rheinischen Sparkassen für November eine übernormale Erhöhung der Giroeinlagen. Es ist anzunehmen, daß diese Zuflüsse sich größtenteils aus beschäftigungslosen Betriebsgeldern, teilweise wohl auch aus nicht sofort benötigten Anleihemitteln zusammensetzen. Der vermehrte Einlagenzuwachs hat jedoch keine nachhaltige Zinsverbilligung zuwege gebracht.

Das wichtigste Mittel zur Erleichterung und Gesundung des Kapitalmarktes ist nach wie vor die verstärkte echte Kapitalneubildung. Nach den vorliegenden Statistiken ist zwar die derzeitige Kapitalbildung nominell größer, als vor Kriegsbeginn. In den nachgewiesenen Zahlen stecken aber zweifelsohne Fremdkörper; außerdem leiden die Zahlen an einer dem erhöhten Preisniveau bzw. dem gesunkenen Goldwert entsprechenden Aufblähung. Im Rheinlande macht die Kapitalneubildung, soweit sie in den Spareinlagen zutage tritt, gute Fortschritte. Die rheinischen Sparkassen hatten am 1. November 1928 bereits 48,7% ihres Vorkriegseinlagenbestandes erreicht, während die Gesamtheit der deutschen Sparkassen erst 38,4% erreicht hatte. Einzelne rheinische Sparkassen waren sogar schon bei 70% angelangt. Der verständnisvollen Mitwirkung unserer Sparkassen ist es auch vor allem zu danken, daß wir es im Berichtsjahre ermöglichen konnten, trotz der schwierigen Lage des Kapitalmarktes eine umfangreiche und fruchtbare Tätigkeit im Kommunalkreditgeschäft zu entfalten.

Unser Pfandbriefabsatz hielt sich in engen Grenzen. Wir beschränkten uns darauf, einen Betrag von RM 10 000 000.— 6%iger Goldpfandbriefe zu plazieren.

Die Geschäftstätigkeit der Landesbank.

Allgemeines.

Das Jahr 1928 war das 40. Geschäftsjahr unseres Institutes seit seiner Erhebung zur Landesbank der Rheinprovinz und das 81. seit seiner Gründung als rheinische Provinzialhilfskasse. Wechselvoll wie die Zeitverhältnisse waren auch die Aufgaben, denen sich die Bank im Laufe der Jahre gegenübergestellt sah. Das Sparwesen zu fördern, Zentralbank der Sparkassen zu sein und den Kommunalkredit zu pflegen, waren die Hauptaufgaben der Hilfskasse. Zögernd gesellte sich der ländliche Realkredit in den 80er Jahren dazu. Pflege des Kommunalkredits sowie des städtischen und ländlichen Realkredits fielen 1888 der neugegründeten Landesbank als vornehmste Aufgabe zu. Hierzu traten um das Jahr 1910 in verstärktem Maße das kurzfristige kommunale Kreditgeschäft, sowie die Aufnahme besonders enger Beziehungen zu den rheinischen Sparkassen, zu deren Girozentrale die Landesbank 1914 erklärt wurde. Das Bestreben, den Verkehr mit den rheinischen Sparkassen zu erleichtern und zu fördern, sowie bankpolitische Erwägungen führten zur Gründung der Filialen Aachen, Essen, Köln und Trier in den Jahren 1922—1924.

Einen Überblick über die Entwicklung der Landesbank seit 1888 gibt die nachstehende tabellarische Darstellung.

Jahr	Bilanzsumme Million. RM	Umsatz Milliarden RM	Darlehensbestand Million. RM	Reingewinn Million. RM
1888/89	46,6		37,0	0,38
1900/01	245,9		227,5	0,84
1913	668,2		633,6	1,86
1923	33,2		18,7	2,73
1924	100,6	5,78	56,1	1,63
1925	218,3	10,53	133,9	1,04
1926	354,0	16,88	276,7	2,75
1927	523,6	16,16	414,1	2,04
1928	749,5	21,51	547,3	2,81

Das Geschäftsjahr 1928 erhielt sein besonderes Gepräge durch die Ausführung eines großzügigen Neu- und Umbaus des Bankgebäudes der Zentrale in Düsseldorf. Unter Leitung des Architekten J. Dräger, Düsseldorf, wurde ein Teil des Gebäudes niedergelegt und von Grund aus neu aufgebaut, während im übrigen wesentliche Umbauten vorgenommen und der gesamte Bau um ein ausgebautes Tiefgeschloß (Toilette und Garderoben), ein Stodwerk und ein ausgebautes Dachgeschloß (Attenräume) erweitert wurde; die Raumnot ist behoben und darüber hinaus weiterer Ausdehnung des Geschäftsbetriebes

Umbau des
Landesbank-
gebäudes.

durch Bereitstellung von Reserveräumen in ausgiebigem Maße Rechnung getragen worden. Besonders angenehm empfindet unsere Kundschaft auch die verbesserte Zirkulationsmöglichkeit, hatte sich doch in der Vergangenheit gerade der Mangel an direkten Verbindungswegen zwischen einzelnen Abteilungen als störend und zeitraubend erwiesen.

Die Vermehrung der Stodwerke und einheitliche Gestaltung der Front haben das Bankgebäude auch städtebaulich zu einem schönen Bauwerk werden lassen.

Fortbildung
der Beamten.

Geleitet von dem Gedanken, daß nur eine praktisch und theoretisch gut durchgebildete Beamtenerschaft den erhöhten und vielgestaltigen Anforderungen unserer Zeit in befriedigender Weise gerecht werden kann, haben wir uns auch im verflossenen Jahre die

Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses

besonders angelegen sein lassen. Durch periodische schriftliche Ausarbeitungen regten wir die jungen Beamten an, sich mit den betreffenden Materien und der einschlägigen Literatur eingehender zu befassen und gleichzeitig ihre schriftliche Ausdrucks- und Darstellungsweise zu vervollkommen. Zur Bearbeitung wurden im Laufe des Jahres folgende Themen gestellt:

1. Eingehende Darstellung des Rechtes und der Technik der Landesbank-Emissionen für Hypothekenzwecke.
2. Schilderung eines Beleihungsvorfalles von der Einreichung des Antrages bis zur Zwangsversteigerung des Unterpfandes infolge Zinsrückstandes.
3. Wirtschaftsgeographische Betrachtung der Rheinprovinz.

Zu diesen schriftlichen Arbeiten traten Vorträge, die im ersten Halbjahr von besonders geeigneten Beamten der Landesbank gehalten wurden. Im zweiten Halbjahr wurde bei der Zentrale ein Vortragszyklus eingerichtet, wobei Herr Professor Dr. Glüds mann zu Vorträgen über volkswirtschaftliche und bankwissenschaftliche Probleme sowie über das Transferproblem, Herr Reichsbantrat Zumfelde zu einem Vortrag über das neue Bankgesetz und Herr Chefredakteur Kirchrath zu einem Vortrag über den Handelsteil der Tageszeitung und die Stellung des Handelsredakteurs im Wirtschaftsleben gewonnen wurden. Unter sachkundiger Leitung wurde dann Anfang d. J. eine Besichtigung des Reichsmuseums für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde vorgenommen.

Nationalisierung.

Hand in Hand mit der Fortbildung der Beamtenerschaft gingen Maßnahmen zur Vereinfachung und damit Beschleunigung und Verbilligung des Betriebes. Mit relativ wenig, aber qualifiziertem Personal unter Anwendung zweckdienlichster Methoden und Maschinen die ständig wachsenden Aufgaben zu meistern, ist das Ziel unseres Rationalisierungsprogramms. Nachstehend einige Zahlen zur Illustrierung des bisherigen Erfolges:

Von 1924 bis Ende 1928 stiegen	um
die Bilanzsumme	675 %
der Jahresumsatz	320 %
das Wechselinkasso	1806 %
das Schedinkasso	575 %
die Postenzahlen	730 %
das Personal	21 %
die Verwaltungskosten	33 %
Die Kosten pro Posten	fielen von 5,01 RM im Jahre 1924
	auf 1,43 " " 1926
	und 0,90 " " 1928

Landesbank und Kapitalmarkt.

Getragen von dem Gedanken, daß nur billige, d. h. wirtschaftlich tragbare Kredite dem Darlehnsnehmer zum Nutzen gereichen können, hält sich die Landesbank nach wie vor von der Ausgabe solcher Papiere fern, die infolge ihrer Zinshöhe eine Kreditgewährung zu erträglichen Bedingungen nicht mehr gestatten. Sie beschränkte sich auf die weitere Platzierung ihrer 6% Goldpfandbriefe, von denen sie bis Mitte Januar bereits

RM 4 500 000.— zum Kurse von 93% abzüglich 1½ bis 2% Vergütung abheben konnte. Bis zum Schlusse des Jahres konnten dann noch weitere RM 4 000 000.— zum angegebenen Kurse untergebracht werden.

Die Lage des Kapitalmarktes, der selbst für hochverzinsliche Anleihen keine hinreichende Aufnahmewilligkeit zeigte, ließ die Landesbank von weiteren Emissionen Abstand nehmen.

Für die Zwecke der Umwandlung kurzfristiger kommunaler Vorschüsse und das Hypothekengeschäfts hat sich die Landesbank den öffentlichen Kassen gegenüber Anfang des Jahres bereit erklärt,

Gelder auf 5 und 10 Jahre fest zum Zinsfuß von 7%

hereinzunehmen. Es sind uns insgesamt

RM 60 360 000.—

zugeflossen, die es uns ermöglichten, diese Beträge den Kommunen und dem Hypothekemarkte zu 7½% Zinsen und 94,50% Auszahlung zur Verfügung zu stellen.

Die Rentenpapiere hatten 1928 auf der ganzen Linie erhebliche

Kursrückgänge

zu verzeichnen. Wenn demgegenüber die Kurseinbußen bei unseren eigenen Anleihen nur ganz unerheblich waren, so ist das unserer sorgfältigen

Kurspflege

zuzuschreiben, die wir ununterbrochen durchführten. Wir glauben hiermit dem anlagefuchenden Publikum, dem Kapitalmarkt, sowie uns selbst den besten Dienst zu erweisen. Worte besonderer Anerkennung findet auch die Presse für unsere Bestrebungen (vgl. z. B. Deutsche Bergwerkszeitung vom 2. Dezember 1928).

Zur

Einführung an den Börsen

Berlin, Frankfurt/M., Köln, Düsseldorf und Essen gelangten im ersten Halbjahr

GM 5 000 000.— 6% Goldpfandbriefe 2. Ausgabe.

Die Einführung eines Restbetrages von GM 5 000 000.— dieser Anleihe wurde gegen Schluß des Jahres in die Wege geleitet und hat in den ersten Tagen des neuen Jahres ihre Erledigung gefunden.

Gleichzeitig war die Landesbank bei der

Unterbringung fremder Emissionen

als Zeichnungsstelle oder in Verbindung mit Banken-Konsortien tätig, so bei der Emission

- 7% Deutscher Reichsbahn-Vorzugsaktien Serie V,
- 6% zu 110% auslosbarer Preuß. Staatsanleihe von 1928,
- 7% Deutscher Kommunal-Gold-Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. April 1931,
- 8% Deutscher Kommunal-Goldanleihe von 1928,
- 8% Duisburger Stadtanleihe von 1928,
- 8% Koblenzer Stadtanleihe von 1928,
- 8% Solinger Stadtanleihe von 1928,
- 8% Elberfelder Stadtanleihe von 1928,

wovon insgesamt

ca. RM 12 000 000.—

in andere Hände übergeführt worden sind.

Daneben hat die Landesbank noch bei dem Verkauf nachstehender Papiere erhebliche Beträge untergebracht:

- 6½% Reichspostschatzanweisungen,
- 6½% Preußische Schatzanweisungen, fällig 1. März 1929,
- 6½% Preußische Schatzanweisungen, fällig 1. Oktober 1930

Sereinnahme
von 5—10
Jahres-
geldern.

Kurspflege.

Börsen-
einführung
eigener
Emissionen.

Fremde
Emissionen.

- 6½% Kölner Stadtschakanweisungen, fällig 1. April 1929,
- 8% Braunschweigische Staatsanleihe von 1928,
- 8% Landesbank der Provinz Westfalen Feingoldanleihe,
- 8% Hamoversche Provinzial-Anleihe,
- 8% Nassauische Landesbank Goldanleihe,
- 8% Preussische Landespfandbrief-Anstalt Goldpfandbriefe,
- 7% Düsseldorfer Stadtanleihe,
- 7% Frankfurt a. M. Stadtanleihe,
- 8% Magdeburger Stadtanleihe,
- 6% Emscher-Genossenschafts-Anleihe,
- 5% Berliner Schakanweisungen, fällig 1. April 1931,
- 5% Bayerische Staats-Schakanweisungen, fällig 1. Juni 1933.

Börsen-
einführung
fremder
Werte.

Im verflossenen Jahre wurden durch die Landesbank an den Börsen Düsseldorf und Essen zum Handel und zur Notierung eingeführt:

- RM 10 000 000.— 6% Goldpfandbriefe des Westfälischen Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke von 1927, Reihe I,
- RM 6 000 000.— 8% Goldpfandbriefe des Westfälischen Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke von 1928, Reihe I,
- RM 12 000 000.— 8% Feingoldanleihe der Landesbank der Provinz Westfalen von 1928, Reihe II.

Pfandbrief-
gesetz.

Nach langen Verhandlungen ist Anfang Januar das

**Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen
öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927**

in Kraft getreten. Gemäß der Bekanntmachung des Preussischen Ministers des Innern vom 24. März 1928 finden die Bestimmungen dieses Gesetzes auf alle von der Landesbank im **Inland** begebenen Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen Anwendung.

Durch dieses Gesetz wird zwischen den von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten ausgegebenen Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen und den zu ihrer Deckung dienenden Hypotheken und Darlehnsforderungen die gleiche enge, rechtliche Verbindung geschaffen, wie sie für die Emissionen der privaten Hypothekenbanken durch das Hypothekengesetz bereits gegeben ist. Die Inhaber von Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten sind also in Zukunft in doppelter Weise gesichert, und zwar

1. durch die Garantie der Gewährsverbände dieser Anstalten und
2. durch die nunmehr auch rechtlich fundierte Spezialhaftung der Deckungswerte.

Als eine weitere Qualitätsverbesserung und erleichterte Verwendungsmöglichkeit unserer Emissionen darf schließlich die als Folge des erlassenen Pfandbriefgesetzes seitens des Reichsbankdirektoriums nunmehr endgültig ausgesprochene

Lombardfähigkeit bei der Reichsbank in Klasse A

betrachtet werden. Hierdurch besitzen unsere Pfandbriefe und Kommunalobligationen neben der Reichsmündelsicherheit auch die wichtige Eigenschaft der Beleihungsfähigkeit bei der Reichsbank.

Hypothekenkredit.

Der Realkreditbedarf war während des ganzen Jahres bei allen Kreisen der Darlehnsucher recht groß. Auch Kirchen und Ordensgenossenschaften aller Konfessionen und sonstige Korporationen traten mit großen Kreditansprüchen für Neu- und Umbauten hervor. Wir haben bei dem Mißverhältnis von Nachfrage und bereitstehenden Mitteln solche Um- und Erweiterungsbauten jedoch nur dann finanziert, wenn unabwendbare Notwendigkeit vorhanden war und bereits früher investierte Gelder eine Nachbeleihung rechtfertigten. Starke Nachfrage kam auch von Seiten der Baugenossenschaften, die um jeden Preis bauen wollten.

Trotz der Schwierigkeiten, die sich der Beschaffung entsprechender Mittel entgegenstellten, war es uns möglich, im städtischen und ländlichen Darlehnsgeschäft den dringlichsten Kapitalbedarf zu decken, teilweise allerdings unter Heranziehung von Mitteln aus besonderen Geldquellen. Es wurden aus Pfandbriefmitteln

Anzahl der
Pfandbrief-
hypotheken.

701 Einzeldarlehen mit	RM 7 934 124.—	bewilligt
auf 66 " "	" 1 091 250.—	wurde verzichtet
so daß 635 " "	" 6 842 874.—	endgültig

in Arbeit genommen wurden, und zwar:

494 ländliche Darlehen mit	RM 4 108 970.—
141 städtische Darlehen mit	" 2 733 904.—
	<u>RM 6 842 874.—</u>

Von den 1927 und 1928 bewilligten Darlehen wurden im Jahre 1928 ausgezahlt

572 Darlehen mit . RM 7 368 409.—

Aus 1928 sind noch nicht abgewickelt 196 Darlehen mit . RM 1 424 177.—

Die 1928 bewilligten Darlehen fanden Verwendung für folgende Zwecke:

Verwen-
dungszwecke.

Neu- und Umbauten	RM 2 551 350.—
Ablösung untragbarer Hypotheken	" 918 949.—
Ablösung von Wechsel-, Hand- und Banttschulden	" 1 217 180.—
Abfindungen, Auseinandersetzungen, Aussteuern und Studienkosten	" 712 779.—
Land- und Haustauf	" 554 300.—
Viehbeschaffung	" 129 800.—
Verschiedenes (Kraft- und Lichtanlagen, Maschinen, Saatgut- und Kunstdüngerbeschaffung u. a. m.)	" 758 516.—
	<u>RM 6 842 874.—</u>

Der Gesamtbestand an Hypotheken aus Pfandbriefen stellt sich auf 2737 Stück mit RM 29,5 Millionen.

Bestand an
Pfandbrief-
hypotheken.

Neben den Hypothekendarlehen aus Pfandbriefmitteln wurden im Berichtsjahre neu ausgezahlt:

Sonstige
Hypotheken.

aus Rentenbankmitteln	425 Darlehen mit RM 3 976 060.—
" der Auslands-Wohnungsbauanleihe	198 " " " 3 285 045.—
" eigenen Mitteln zu Wohnungsbauten	28 " " " 445 650.—
" Mitteln für verbilligte Kredite	487 " " " 1 044 872.—
	<u>1 138 RM 8 751 627.—</u>

Der

Gesamthypothekenbestand

Gesamthypo-
thekenbestand.

beträgt nunmehr RM 59 441 288.—.

In diesem Betrage sind RM 1 051 000.— enthalten, welche die Nassauische Landesbank Wiesbaden durch unsere Vermittlung aus der Wohnungsbau-Auslandanleihe der Landesbankzentrale A. G. erhalten und in ihrem Bezirk in Hypotheken angelegt hat.

Aus den Mitteln der Reichsumschuldungsaktion zugunsten der Landwirtschaft, die im letzten Drittel des abgelaufenen Jahres einsetzte und in deren Dienst sich die Landesbank gestellt hat, sind bis jetzt zwar 23 Bewilligungen aber noch keine Auszahlungen erfolgt. Im übrigen werden wir im nächsten Abschnitt hierauf eingehen.

Umschuldung.

Von der Gewährung

industrieller Hypothekenkredite

Industrie-
kredite.

haben wir uns auch weiterhin fernhalten können, da wir weder entsprechenden Bedarf feststellen konnten noch auch die Bedingungen, die z. Bt. für solche Kredite gestellt werden müssen, als für die in Betracht kommende Industrie tragbar ansahen.

Der Zinseingang war im allgemeinen befriedigend, jedoch mußte der Landwirtschaft gegenüber Nachsicht geübt werden.

Zinseingang.

Zwangsversteigerungen.

Die Landesbank war im Jahre 1928 an 43 Zwangsversteigerungen und 5 Zwangsverwaltungsbeteiligungen beteiligt. Hierbei handelte es sich in 27 Fällen um Aufwertungsdarlehen, in 14 um Pfandbriefdarlehen und in 2 Fällen um Rentenbankkredite. Nur 3 Versteigerungen (2 wegen Darlehen aus Pfandbriefmitteln und 1 aus Aufwertung) wurden von der Landesbank selbst, alle übrigen von dritter Seite betrieben. Die Mehrzahl aller Verfahren wurde später wieder eingestellt. Bei den zur Durchführung gelangten Verfahren sind wir entweder herausgebieten worden oder haben unser Geld zurückbekommen; in 2 Fällen hatten wir eine so überaus ungünstige, durch das Aufwertungsgesetz bestimmte Rangstelle, daß die Herausbietung unserer Forderung und die damit verbundene Erwerbung der Objekte nicht verantwortet werden konnte; wir mußten unser Recht aufgeben. Der Verlust betrug RM 29 953,50 zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Die von uns betriebenen Versteigerungen aus Pfandbriefdarlehen konnten wir später infolge Besserung der Verhältnisse wieder einstellen. Sechs Verfahren schweben noch.

Förderung der Landwirtschaft durch die Landesbank.

Förderung der Landwirtschaft.

Ziel ist schon über die Notlage der Landwirtschaft und die Möglichkeit ihrer Sanierung geschrieben und geredet worden. Stützungsaktionen sind, insbesondere von Reich und Staat eingeleitet worden. Und das Ergebnis? — Alles ist fast wirkungslos verpufft. Die langfristige Verschuldung hat beträchtlich zugenommen. Die Notlage hat sich weiter gefährdend zugespitzt. Eine Wandlung zum Besseren ist auch nicht zu erwarten, solange, wie bisher, Symptome bekämpft werden, anstatt das Übel an der Wurzel zu fassen. Im Rahmen dieses Berichtes interessiert vor allem ein Teilausschnitt aus dem Gesamtproblem: Das Problem der Landwirtschaftskredite. Für die Landesbank der Rheinprovinz war die Einstellung, daß sie sich nur durch Gewährung billiger Kredite der Landwirtschaft nützlich erweisen könne, Richtschnur ihres Handelns. So hielt sie sich bekanntlich 1924/25 von der Ausgabe 10% Pfandbriefe fern und verzichtete trotz aller Kritik lieber auf die Wiederaufnahme des Hypothekengeschäfts, bis sie Ende 1925 durch Emission 8% Pfandbriefe tragbarere Bedingungen stellen konnte. Mit Erfolg ging sie dann 1926 an die Ausgabe 6% Pfandbriefe, aus deren Erlös sie Hypotheken zu 6¼% bei 92½% Auszahlung gewähren konnte.

Gesamtleistung von 1924—1927

Insgesamt hat die Landesbank von 1924 bis Ende 1927 der Landwirtschaft Darlehen in Höhe von rund 66 Millionen RM zugeführt und zwar

20 400 000.—	RM kurzfristige Kredite
27 320 000.—	„ langfristige Kredite
18 700 000.—	„ Kommunalkredite für landwirtschaftliche Zwecke
66 420 000.—	RM.

Hierzu kommen noch die Mittel, welche die Landesbank den ländlichen Genossenschaften zur Verfügung gestellt hat. So sagt z. B. der Verband rheinischer landwirtschaftlicher Genossenschaften e. V., Köln, in seinem Jahresbericht für 1927: „Sie (die Landesbank der Rheinprovinz) ist zwar in erster Linie eine Zentralanstalt für die öffentlichen Sparkassen, aber sie hat immer Verständnis und Wohlwollen für die Genossenschaften befundet, der Landesgenossenschaftskasse, besonders für den landwirtschaftlichen Kreditbedarf, Mittel bereitgestellt und dadurch unserer rheinischen Landwirtschaft wertvolle Unterstützung geleistet.“

Zinsverbilligung.

Obwohl die Bedingungen all dieser Kredite unter dem jeweiligen Zinsniveau lagen, also relativ billig waren, leitete die Landesbank 1926 eine

Zinsverbilligungsaktion

ein, dergestalt, daß sie den Hypothekenschuldnern aus der 8% Anleihe ab 1. Juni 1926 einen Zinszuschuß von ½% gewährte, den sie für 1927 zunächst auf 1% und dann für das zweite Halbjahr soweit erhöhte, daß alle Darlehen von 10—8% für den genannten Zeitraum auf 7% ermäßigt wurden. Indem sie für diese Aktion bis Ende 1927

den Betrag von RM 370 000.—

aufwandte, brachte sie der Landwirtschaft zweifellos wesentliche Erleichterung.

In gleicher Weise ließ sich die Landesbank auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Förderung der rheinischen Landwirtschaft angelegen sein. Die Zinsverbilligungsaktion wurde weitergeführt derart, daß ebenso wie 1927, im ersten Halbjahr 1% Zinszuschuß gewährt und im 2. Halbjahr der Zuschuß so erhöht wurde, daß keiner der selbstwirtschaftenden Landwirte für Darlehen aus Pfandbriefmitteln mehr als 7% an Zinsen aufzubringen hatte. So erhöhte sich die für diese Aktion aufgewandte Summe auf

RM. 538 000.—

Im letzten Drittel des Geschäftsjahres 1928 setzte

die Reichsumschuldungsaktion

Umschulungsaktion.

ein. Die Landesbank stellte sich in den Dienst der Sache, obwohl sie sich die Mängel dieser Aktion nicht verhehlte. Bei der Schwere der Bedingungen und den mit der Ausgabe verbundenen Formalitäten werden Anträge auf Darlehen aus dieser Aktion vielfach nur von solchen Darlehnsnehmern gestellt, denen wirksame Hilfe nicht mehr gebracht und deren Erhaltung kaum noch befürwortet werden kann. In größerer Anzahl sind Darlehnsanträge bei uns eingegangen, doch konnten bis jetzt nur 23 Anträge mit RM 231 668.— genehmigt werden. Auszahlungen sind noch nicht erfolgt. Eine große Zahl von Anträgen insbesondere von Kleinbauern und Kleinpächtern wird in Kürze nach Erledigung der Formalitäten zur Bewilligung gelangen.

Von nur untergeordneter Bedeutung für die rheinische Landwirtschaft sind auch die sogenannten

Pächterkredite.

Nachdem die Landesbank zur Gewährung dieser Kredite auf Grund des Gesetzes vom 9. Juli 1926 zugelassen worden ist, werden zwar zahlreiche Anträge bei ihr gestellt, aber fast alle Anträge mußten zurückgewiesen werden. Die Pächterkredite kommen in Frage für Großbetriebe, in denen geordnete Buchführung besteht und die an die Buchstelle der Landwirtschaftskammer angeschlossen sind. Der Betriebe, die diesen Anforderungen genügen, sind in der Rheinprovinz nur wenige. Da außerdem die Kapitalhergabe im allgemeinen nur dann in Frage kommt, wenn es sich um Auffrischung oder Ergänzung bereits vorhandenen Inventars bzw. Betriebskapitals handelt, in den meisten Fällen der Kapitalbedarf aber aus anderen Ursachen entspringt, so kamen bis jetzt überhaupt nur zwei Darlehen im Gesamtbetrage von RM 13 000.— zur Ausgabe. Ob auf Grund der Reichsumschuldungsaktion, die auch Pächterkredite vorsieht, eine Hergabe in größerem Umfange möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Welches Interesse die Landesbank gerade der Landwirtschaft entgegenbringt, ergibt sich auch aus der

Zusammensetzung ihrer Hypothekendarlehen.

Von den im Jahre 1928 neugewährten 635 Hypotheken entfielen auf ländlichen Grundbesitz 494 Stück im Gesamtbetrage von RM 4 108 970.—.

Neben diesen Hypotheken aus Pfandbriefmitteln gewährte die Landesbank

aus Mitteln der Rentenbankkreditanstalt

Hypotheken aus Rentenbankmitteln.

(II. und III. Amerikanleihe) 453 Darlehen mit 3 484 160.— RM. Diese Kredite dienten der Entschuldung der Landwirtschaft sowie der Förderung der Weinbau- und Gartenbaubetriebe. Aus der Zahl der Einzeldarlehen bzw. der Durchschnittshöhe der Kredite ergibt sich, daß die Mittel in erheblichem Maße auch den kleinen Landwirten zugeflossen sind, für die anderweitig Geld schwer zu beschaffen war.

Als besonderes Verdienst kann es sich die Landesbank anrechnen, für gewisse Notstandsgebiete der Provinz wirklich billige Mittel, die sogenannten

Verbilligte Kredite.

verbilligten Kredite

in Höhe von 3 080 000.— RM zur Verfügung gestellt zu haben, und zwar zu 5½% Zinsen bei 93,25% Auszahlung. Diese bereits im Vorjahre begonnene Stützungsaktion für die besonders notleidenden Gebiete der Eifel, des Hunsrücks und Westerwaldes konnte im Berichtsjahr mit großem Erfolg fortgesetzt werden. Auch durch diese Aktion hat besonders

der Kleinbäuerliche Besitz eine fühlbare Stützung erfahren. Ermöglicht wurde diese Aktion durch die tätige Mithilfe unserer Sparkassen und einiger Provinzialinstitute, welche die benötigten Mittel bereitstellten.

Neu-
gewährung
kurzfristiger
Kredite.

Zu den aus dem Vorjahre übernommenen

kurzfristigen Krediten

an die Landwirtschaft in Höhe von 106 364.85 RM wurden 1928 neu ausgegeben:

Silokredite (4½% Zinsen)	RM 44 571.—
Molkereikredite (5% Zinsen)	„ 187 000.—
Kredite zur Bevorschussung der diesjährigen Weinernte (1% über Reichsbank Lombardsatz)	„ 200 000.—
Kredite für Gemüsebau und Gartenbauzwecke	„ 110 000.—
Kommunalkredite für landwirtschaftliche Zwecke	
a) Meliorationskredite	„ 22 500.—
b) Korbweidenkredite	„ 17 850.—
	<hr/>
	RM 581 921.—

Gesamt-
leistung für
die Landwirt-
schaft.

Insgesamt hat demnach die Landesbank der rheinischen Landwirtschaft seit 1924 bis heute

RM. 77 688 051.—

zugeführt, und zwar

RM 20 941 571.—	kurzfristige Kredite
„ 38 006 130.—	langfristige Kredite
„ 18 740 350.—	Kommunalkredite für landwirtschaftliche Zwecke.

Landesbank
und Landwirt-
schaftskammer.

Unsere unmittelbare finanzielle Förderung der landwirtschaftlichen Kreise wird in zweckdienlichster Weise ergänzt durch enges Zusammenarbeiten mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen, sowie mit der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz. So haben wir z. B. mit letzterer die Vereinbarung getroffen, uns vor Einleitung von Zwangsmaßnahmen gegen ländliche Schuldner mit ihr ins Benehmen zu setzen, um ihr Gelegenheit zur Nachprüfung zu geben, ob tatsächlich alle Möglichkeiten zur Hintanhaltung der Zwangsmaßnahme erschöpft sind.

Landesbank
und landwirt-
schaftliche Or-
ganisationen.

Den drei ländlichen Zentralkassen erleichterten wir ihre Aufgaben durch Bereitstellung größerer Mittel, so z. B. im abgelaufenen Jahr der Landesgenossenschaftsbank in Trier durch ½ Million RM zur Finanzierung der Weinernte. Der Raiffeisenbank in Koblenz sowie der Rheinischen Landesgenossenschaftskasse Köln wurden im Berichtsjahr je 300 000.— RM an Hand gegeben zwecks Förderung der kleineren Milchbetriebe (kleine Landwirtschaft in Verbindung mit Handwerk und Kleingewerbe). Wie in der Vergangenheit, so werden wir auch weiter bemüht sein, in enger Fühlungnahme und in bestem Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer, den landwirtschaftlichen Organisationen und Zentralkassen die landwirtschaftlichen Belange zu fördern.

Daß ein gesunder Bauernstand wiedererstehe, der die Ernährung des deutschen Volkes sicherstelle und die Handelsbilanz von einem drückenden Passivposten befreie, ist das Ziel und Leitmotiv der Landesbank bei ihren Aktionen zur Förderung der Landwirtschaft. Und wie sie selbst alle Kräfte in dieser Zielsetzung anspannt, so nimmt sie auch immer wieder die Gelegenheit wahr, in Wort und Schrift auch die Kommunen und Sparkassen zu intensiver Mitarbeit an der Lösung dieses Kernproblems der deutschen Wirtschaft aufzurufen.

Förderung der Bautätigkeit.

Neben der um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft erheischt die Wohnungsfrage die besondere Fürsorge der Kreditinstitute. Die Bautätigkeit nach besten Kräften zu fördern, war auch unser Bestreben. Mit Rücksicht auf die wechselvolle Lage des Geldmarktes, die eine schnelle Abwicklung des Darlehnsgeschäftes verlangte und nicht gestattete, Darlehen auf lange Sicht bereit zu stellen, mußte sich die Kreditgewährung zu Neubauzwecken auf die Beleihung von Bauten beschränken, die zur Zeit der Antragstellung im Rohbau schon annähernd fertig waren.

Seit Wiederherstellung unserer Währung bis Ende 1927 konnte die Landesbank Privaten und Kommunen

Gesamt-
leistung von
1924—1927.

RM 89 342 474.—

zu Bauzwecken zuführen. Dieser Betrag verteilt sich auf die einzelnen Jahre wie folgt:

Verteilung
auf die
einzelnen
Jahre.

	an Private	an Kommunen	Gesamt
1924/25	4 264 250.—	21 516 300.—	25 780 550.—
1926	2 501 040.—	23 403 787.—	25 904 827.—
1927	5 313 810.—	32 343 287.—	37 657 097.—
zusammen	12 079 100.—	77 263 374.—	89 342 474.—

Die den Kommunen zugeführten Mittel wurden teils langfristig, zum größeren Teil jedoch als kurzfristige Zwischenkredite gewährt. Ein Teil der letzteren wurde nachträglich in langfristige Darlehen umgewandelt.

Auch im verfloßenen Jahre wurden dem Wohnungsbau namhafte Beträge zugeführt.

Leistungen
1928.

Aus Pfandbriefmitteln gelangten im Jahre 1928

Baudarlehen
aus Pfand-
briefmitteln.

244 Darlehen mit RM 3 239 577.—

zur Auszahlung. Etwa zwei Drittel dieses Betrages entfallen auf den städtischen Wohnungsbau.

Weitere Baudarlehen wurden gewährt aus Mitteln der

Auslandsan-
leihe der
Landesbanken-
zentrale.

Auslandsanleihe der Landesbankzentrale,

und zwar wurden

bewilligt	110 Darlehen mit RM 2 062 120.—
verzichtet wurde auf	20 „ „ „ 615 600.—
bleiben	90 Darlehen mit RM 1 446 520.—

Hiervon gelangten 1928 einschließlich der bereits im Jahre 1927 bewilligten aber nicht ausbezahlten Darlehen

198 Stück mit RM 3 285 045.—

zur Auszahlung.

Aus eigenen Mitteln wurden noch bewilligt

Baudarlehen
aus eigenen
Mitteln.

140 Darlehen mit RM 1 496 338.—

von denen

28 Stück mit RM 445 650.—

bereits zur Auszahlung gelangten, während auf 6 Darlehen mit RM 73 580.— nachträglich verzichtet wurde.

Namhafte Mittel wurden auch dem

Kommunaler
Wohnungs-
bau.

kommunalen Wohnungsbau

zugeführt. Gemäß den auf Seite 20 nachgewiesenen Verwendungszwecken der Kommunalkredite wurden für den Wohnungsbau aufgewandt

kurzfristige Mittel in Höhe von RM	9 249 500.—
langfristige „ „ „ „	3 488 220.—
zusammen	12 737 720.—

In besonderem Maße erfuhr auch der

Kleinwohnungsbau

Förderung
des Klein-
wohnungs-
baues.

die Förderung der Landesbank. Der Rheinischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H. in Düsseldorf stellte sie größere Beträge bereit zur Verteilung von Kleinwohnungsbaudarlehen in Form von Zwischenkrediten. Nachdem sie bereits für 1927 7 Millionen RM bereitgestellt hatte, stellte sie für 1928 weitere 8 Millionen RM zur Verfügung.

Verzinsung
der Klein-
wohnungs-
baudarlehen.

Als Zinssatz für die Kleinwohnungsbaudarlehen wurde der jeweilige Satz für kurzfristige Kommunalkredite (siehe Seite 22) in Anwendung gebracht.

Sonstige
Zwischen-
kredite.

Weitere Förderung erfuhr der Kleinwohnungsbau durch Zuteilung von Zwischen-
gebiete und

Reichszwischenkredite,
Kredite für besondere Notstandskrediten, die als
Landesversicherungsdarlehen

geführt und zu Vorzugszinssätzen gewährt werden.

Landes-
versicherungs-
darlehen.

In großzügiger Weise wurden von der Landesversicherungsanstalt Rheinland der Landesbank als Mittel für Zwecke des Wohnungsbaues minderbemittelter und kinderreicher Familien RM 10 000 000.— auf 3 bzw. 5 Jahre bereitgestellt, während die Mittel für die zwei anderen Aktionen vom Reich und der Landesbank gemeinsam aufgebracht wurden.

Gesamt-
leistung für
den Woh-
nungsbau.

Insgesamt hat die Landesbank 1928 dem Wohnungsbau

langfristig RM 24 019 492.— und

kurzfristig RM 25 589 358.50

zuf. RM 49 608 850.50

zugeführt und damit ihre Gesamtleistung auf diesem Gebiet seit 1924

von RM 89 342 474.— Ende 1927

auf RM 138 951 324.50 Ende 1928

erhöht.

Das Kommunalkreditgeschäft.

Langfristiger
Kommunal-
kredit von
1888—1927.

Die Pflege des Kommunalkredits ist gemäß Satzung und Tradition eine Vorzugs-
Aufgabe der Landesbank. In welchem Ausmaße die Kommunen jederzeit unsere finan-
zielle Hilfe erfuhren, zeigt nachstehende Aufstellung der langfristigen Kommunalkre-
dite. Die Landesbank gewährte in der Zeit

	von 1888 bis 1900	1989	Darlehen mit . . .	RM 153 633 724.—
	" 1901 " 1913	3663	" " . . .	" 352 391 465.—
	" 1914 " zur Inflation	2764	" " . . .	" 253 969 004.—
1926	a) Neugewährung	278	" " . . .	" 87 900 000.—
	b) Konsolidierung	—	" " . . .	" 23 700 000.—
1927	a) Neugewährung	484	" " . . .	" 49 461 261.—
	b) Konsolidierung	—	" " . . .	" 27 584 648.—
				<u>RM 948 640 102.—</u>

Beachtlich ist der scharfe Rückgang des Jahres 1927 gegenüber 1926; er ist durch kon-
junkturelle Gründe hervorgerufen.

Die Landesbank hat also von 1888 bis 1927 an langfristigen Krediten
den rheinischen Kommunen

annähernd 1 Milliarde RM

zur Verfügung gestellt.

Kurzfristiger
Kommunal-
kredit von
1924—27.

In gleich intensiver Weise widmete sie sich dem kurzfristigen Kommunalkreditge-
schäft, so insbesondere auch seit der Währungsstabilisierung. Sie gewährte den Kommunen
kurzfristig

1924	54,4	Millionen RM in	316	Einzelkrediten
1925	87,9	" " " "	850	(rd.) "
1926	111,9	" " " "	571	" "
1927	66,0	" " " "	582	" "

zuf. 320,2 Millionen RM in 2319 Einzelkrediten.

In das Jahr 1928 trat die Landesbank mit einem Bestand an
kurzfristigen Kommunalkrediten von RM 139 730 665.—
und langfristigen " " " 184 414 680.—

Die Befriedigung des starken kommunalen Kreditbedürfnisses bedeutete im Berichtsjahr bei der bekannten ungünstigen Lage des Geld- und Kapitalmarktes eine besonders schwierige Aufgabe. Und doch gelang es uns, dank der verständnisvollen Zusammenarbeit der Sparkassen mit ihrer Zentralbank, wenigstens das kurzfristige Kreditbedürfnis ausreichend zu befriedigen. Im langfristigen Kreditgeschäft mußten wir uns infolge der Aufnahmeunfähigkeit des Kapitalmarktes darauf beschränken, dem dringlichsten Bedarf die uns von den Sparkassen zufließenden 5 und 10 Jahresgelder sowie einige Mittel aus der Auslandsanleihe der Girozentrale zuzuführen. Weniger dringliche Fälle mußten zurückgestellt werden. Wir verfehlten nicht, bei diesen und anderen sich bietenden Gelegenheiten die Kommunen darauf hinzuweisen, daß der allgemeine Mangel an Geld und Kapital auch von ihnen größtes Maßhalten und besondere Zurückhaltung verlange.

Im einzelnen gestaltete sich das kommunale Darlehensgeschäft wie folgt:

Kommunal-
Kredit
1928.

Anzahl
der Kredite.

	kurzfristig		langfristig	
	Stück	Betrag	Stück	Betrag
bewilligt wurden	897	100 969 215.—	775	79 078 337.50
verzichtet wurde auf	139	6 843 800.—	50	2 106 650.—
verbleiben	758	94 125 415.—	725	76 971 787.50
Auszahlung bis Jahresende	631	88 407 865.—	704	67 270 132.50

Die diesjährigen Leistungen der Landesbank auf diesem Gebiet liegen somit nicht unerheblich über denjenigen des Vorjahres.

Die gewährten Darlehen verteilen sich auf die beteiligten Kommunen wie folgt:

Verteilung auf
die einzelnen
Kreditnehmer.

	kurzfristig		langfristig		insgesamt
	Stf.	Betrag	Stf.	Betrag	
Großstädte über 100 000 Einw.	46	49 900 000.—	13	22 599 100.—	72 499 100.—
Kreise	34	5 227 000.—	28	6 239 300.—	11 466 300.—
Provinz	2	4 000 000.—	4	10 500 000.—	14 500 000.—
Mittlere und kleinere Städte	150	18 301 600.—	107	14 430 760.—	32 732 360.—
Landgemeinden	376	7 809 765.—	526	12 085 072.—	19 894 837.—
Kirchengemeinden	10	729 500.—	17	1 089 310.—	1 818 810.—
Genossenschaften	13	2 440 000.—	9	326 590.—	2 766 590.—
zusammen	631	88 407 865.—	704	67 270 132.—	155 677 997.—

Nachstehende Aufstellung gibt einen Überblick über die Verwendungszwecke der Darlehen und die auf die einzelnen Zwecke entfallenden Beträge:

Verwen-
dungszwecke.

	kurzfristig RM	langfristig RM	insgesamt RM
Bau von Straßen, Wegen, Kanälen und Brücken	7 052 550.—	4 294 240.—	11 346 790.—
Bau von Unterrichtsanstalten, Krankenhäusern, Kirchen usw. . .	4 464 800.—	4 136 400.—	8 601 200.—
Wohnungsbau	9 249 500.—	3 488 220.—	12 737 720.—
Grunderwerb	878 600.—	3 938 000.—	4 816 600.—
Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität	4 215 815.—	1 314 950.—	5 530 765.—
Schuldentilgung	—	745 200.—	745 200.—
Konsolidierung von kurzfristigen Krediten	—	26 955 072.—	26 955 072.—
Verschiedene kommunale Zwecke . .	62 546 600.—	22 398 050.—	84 944 650.—
zusammen	88 407 865.—	67 270 132.—	155 677 997.—

Von den kurzfristigen Krediten wurden im Laufe des Jahres

a) zurückgezahlt RM 25 002 223.—

b) konsolidiert RM 26 955 072.—

Außerdem wurden von den in den Jahren 1924—1926 gewährten Hochwasserkrediten

a) zurückgezahlt RM 1 056 975.—

b) konsolidiert RM 742 017.—

Bestand am
Jahresende.

Zum Jahresende verbleibt ein Bestand

von rund RM 201 000 000.— kurzfristigen und

RM 268 000 000.— langfristigen Kommunalkrediten,

so daß ein Gesamtbestand an Kommunalkrediten in Höhe

von RM. 469 000 000.—

ins neue Jahr übernommen wird.

Verzinsung der Darlehen.

Das bereits an anderer Stelle hervorgehobene Bestreben der Landesbank, den von ihr zu betreuenden Kreisen billige Kredite zuzuführen, findet seinen sichtbaren Ausdruck in der Zinspolitik des Institutes. Entweder tragbare Kredite, oder gar keine! Volkswirtschaftlich und gemeinnützig eingestellt, hat die Bank ihre Kreditbedingungen immer so niedrig gehalten, als die Geldbeschaffungskosten, die Aufbringung der Verwaltungskosten und der notwendigen Reserven es zuließ.

Verzinsung
der Darlehen.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die verschiedenen Zinsfüße und die auf dieselben entfallenden Darlehensbeträge.

Zinsfuß	Realkredit	Kommunalkredit
bis 3 0/0	—	185 806.84
4 0/0	—	35 000.—
4 ¹ / ₈ 0/0	—	1 751 000.—
4 ¹ / ₄ 0/0	—	12 511 910.48
4 ¹ / ₂ 0/0	187 000.—	—
5 0/0	116 424.09	2 746 726.67
5 ¹ / ₂ 0/0	1 264 188.05	127 014.—
6 0/0	75 000.—	35 981 003.30
6,05 0/0	1 051 000.—	—
6,2 0/0	—	7 917 500.—
6 ¹ / ₄ 0/0	5 069 392.81	3 088 540.42
6,4 0/0	—	9 212 833.50
6 ¹ / ₂ 0/0	10 870 460.29	41 750.—
6 ³ / ₄ 0/0	1 884 617.53	—
7 0/0	15 475 829.30	49 795 946.01
7 ¹ / ₄ 0/0	328 004.02	27 960 421.08
7 ¹ / ₂ 0/0	6 076 447.50	58 729 882.50
8 0/0	3 057 171.89	15 264 174.25
8,3 0/0	—	1 495 480.—

Zinsfuß	Realkredit	Kommunalkredit
8½ %	188 400.—	—
9 %	1 005 345,55	16 223 893,04
9½ %	214 000.—	2 156 439,59
10 %	315 000.—	—
10½ %	2 019 378.—	—

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Entwicklung der **Zinsspanne**,

Zinsspanne.

wie sie sich aus der Gegenüberstellung der durchschnittlich von uns zu zahlenden Zinsen und dem durchschnittlichen Ertrag der Anlagen ergibt.

Jahr	Aktiv	Passiv	Zinsspanne	
1926	1. Halbjahr	10,220 %	8,566 %	1,654 %
	2. „	8,291 %	7,054 %	1,237 %
	Jahresdurchschnitt	9,255 %	7,810 %	1,445 %
1927	1. Halbjahr	7,280 %	6,339 %	0,941 %
	2. „	7,576 %	6,972 %	0,604 %
	Jahresdurchschnitt	7,428 %	6,655 %	0,773 %
1928	1. Halbjahr	8,291 %	7,744 %	0,547 %
	2. „	8,418 %	7,858 %	0,565 %
	Jahresdurchschnitt	8,354 %	7,801 %	0,553 %

Aus vorstehender Übersicht ergibt sich eine Verringerung der Zinsspanne von Jahr zu Jahr. Ermöglicht wurde diese Verkleinerung der Zinsspanne durch die anwachsende Bilanzsumme.

Im Jahre 1928 gestalteten sich unsere

Darlehensbedingungen

wie folgt:

Zinssätze für
Kommunal-
kredite.

I. Kommunalkredit.

a) kurzfristige Kredite.

bis 6. Januar	1928	9¾ %	M.
ab 7. Januar	1928	9¼ %	(für neue Kredite)
„ 15. März	1928	9¼ %	(allgemein)
„ 1. Juli	1928	9½ %	
„ 1. August	1928	9¾ %	
„ 15. Dezember	1928	9½ %	

b) langfristige Kredite.

Die langfristigen Kommunalkredite wurden vorwiegend zu

7½ % Zinsen bei 94½ % Auszahlung

gewährt. Für einen kleinen Teil der Kredite kamen besondere Sätze in Anwendung, die teils unter dem vorstehenden Satz, teilweise auch geringfügig darüber lagen.

Zinssätze für
Hypotheken.

II. Hypothekarkredit aus Pfandbriefmitteln.

(a) ländliche, b) städtische Darlehen.)

Zeit	Zinssfuß	Auszahlung	Tilgung
bis 23. 1. 28			mindestens
a)	7 0/0	92 0/0	1/2 0/0
b)	7 0/0	92 0/0	" "
ab 24. 1. 28			
a)	6 1/2 0/0	92 1/2 0/0	" "
b)	7 0/0	92 1/2 0/0	" "
ab 1. 10. 28			
a)	6 1/2 0/0	90 0/0	" "
b)	7 0/0	90 0/0	" "

Zinsver-
billigung.

Bezüglich der ländlichen Hypotheken sei an dieser Stelle noch einmal hingewiesen auf die Ausführungen Seite 13 betreffend unsere Zinsverbilligungsaktion.

Auf die Zinsbedingungen der mannigfaltigen Sonderaktionen einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Zum Teil sind dieselben auch bereits in der Darstellung der betreffenden Aktion enthalten.

Aufwertung.

Ablösungs-
verpflich-
tungen.

Das Aufwertungsgeschäft konnte bei der Zentrale bis auf kleine Restbeträge auf der Aktiv- und Passivseite zum Abschluß gebracht werden. Ablösungsanleihen wurden ausgegeben:

mit Auslosungsrechten: nom. $\text{GM } 9\,582\,400.-$	=	$\text{GM } 47\,912\,000.-$	Rückzahlungswert
ohne Auslosungsrechte: " " $3\,412\,787.50$	=	" $3\,412\,787.50$	"
		$\text{GM } 51\,324\,787.50$	

Davon im Wege der gesetzlich vorgeschriebenen Auslosung getilgt bis zum 31. Dezember 1928 und demnach noch im Umlauf

" $4\,770\,000.-$	"
$\text{GM } 46\,554\,787.50$	"

Aufwertung G -
u. Ablösungs-
ansprüche.

Diese Verpflichtungen müßten an sich ihre Deckung finden in den der Landesbank aus ihren früheren Darlehensgewährungen zustehenden Aufwertungs- und Ablösungsansprüchen.

Bisher sind der Landesbank zuerkannt und von dieser verbucht worden:

a) Ansprüche auf Grund des Aufwertungsgesetzes in Höhe von . .	$\text{GM } 40\,831\,157.71$
b) " " " " Anleiheablösungsgesetzes in Höhe von	$\text{GM } 5\,254\,279.48$
	insgesamt $\text{GM } 46\,085\,437.19$

Hierauf sind im Wege der regelmäßigen Tilgung oder vorzeitiger Rückzahlung abgetragen worden bis zum 31. Dezember 1928 " $6\,546\,806.48$
so daß sich ein Bestand an Aufwertungsdarlehen von $\text{GM } 39\,538\,630.71$ ergibt.

Der geringe Betrag der bisher zuerkannten Ablösungsansprüche (Forderungen aus Darlehen an Kommunen) zeigt, daß unsere früher geäußerten Befürchtungen hinsichtlich des Ergebnisses der Aufwertung der Kommunal darlehen berechtigt waren. Infolge der für den Gläubiger ungünstigen gesetzlichen Regelung dieser Materie bleibt das Ergebnis der Kommunalaufwertung, gemessen an den Marktbetragender Vorkriegsausleihungen, weit hinter dem der Hypothekenaufwertung zurück.

Eine Zuerkennung ist noch zu erwarten für geltend gemachte Ansprüche

1. auf Grund des Aufwertungsgesetzes in Höhe von	GM	950 000.—
2. „ „ „ Anleiheablösungsgesetzes in Höhe von	„	300 000.—
		insgesamt GM 1 250 000.—

so daß sich insgesamt, ohne Berücksichtigung der bisherigen Tilgung, Aufwertungsaktiva ergeben in Höhe von GM 47 335 437.19. In dieser Summe sind noch nicht enthalten die Aufwertungsansprüche gegen die im Saargebiet wohnenden Schuldner, da es hier an einer gesetzlichen Regelung der Aufwertungsfrage fehlt. Wenn diese Regelung demnächst entsprechend der Reichsgesetzgebung erfolgen sollte, wäre hieraus noch ein Zugang an Aufwertungsaktiva von ca. GM 500 000.— zu erwarten.

Andererseits zeigen bereits die Ausführungen dieses Berichts über das Ergebnis der Zwangsversteigerungen in Aufwertungssachen (S. 12), daß bei den Ansprüchen auf Grund des Aufwertungsgesetzes infolge der eingetretenen Rangverschlechterungen mit erheblichen Ausfällen zu rechnen ist. Dasselbe gilt in besonderem Maße auch für die Fälle, in denen die hypothekarische Sicherstellung überhaupt verlorengegangen ist. Bei Aufstellung der Aufwertungsrechnung erscheint daher in diesen Fällen eine Abschreibung von rund 10% unbedingt erforderlich. Die vorläufige Aufwertungsrechnung ergibt dann bei

Aufwertungs-
bilanz.

	rund GM 51 300 000.—	Verpflichtungen
	und „ „ 43 300 000.—	Ansprüchen
	ein Defizit von GM 8 000 000.—.	

Hierbei ist noch nicht berücksichtigt ein etwa zu Lasten der Landesbank gehender Fehlbetrag aus der Aufwertung der Sparguthaben des ehemaligen Nacher Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Die hierüber unter Mitwirkung der Aufsichtsbehörde mit den beteiligten Gewährsverbänden geführten Verhandlungen haben wegen der verwickelten tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse noch nicht zu einem endgültigen Abschluß geführt werden können.

Bankabteilung.

Neben der Pflege des Grund- und Kommunalkredits widmet sich die Landesbank der Erledigung bankmäßiger, ihr durch die Satzung zugewiesener Geschäfte. Die Notwendigkeit, dem kurzfristigen Geldgeschäft erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, ergab sich, als um das Jahr 1910 die kurzfristigen Gelder öffentlicher Anstalten und Kassen stark zunahmen, der bargeldlose Zahlungsverkehr auch in Deutschland seinen Siegeszug antrat und die Sparkassen infolge ihrer besonderen Entwicklung seit Erlangung der passiven Schedfähigkeit einer engeren Verbindung mit dem Geld- und Kapitalmarkt bedurften. Weiter gefördert wurde diese Entwicklung durch die Verhältnisse der Kriegszeit. Wie der Ausbau der Bankabteilung f. Zt. im Interesse der öffentlichen Institute und Kassen erfolgte, so dient diese Abteilung auch heute noch fast ausschließlich den gleichen Interessen; das Privatkreditgeschäft ist ausgeschlossen.

Abkommen mit
d. Staatsbank.
Verkehr mit
der Deutschen
Girozentrale.
Banken und
Landesbank.
Kreditoren
und Debitoren.

Im verflossenen Jahre ist das Abkommen mit der Preussischen Staatsbank im allgemeinen Interesse weiter ausgebaut worden und hat sich gegenseitig nutzbringend ausgewirkt. Die freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Girozentrale haben zu einem bedeutenden Anwachsen der geschäftlichen Transaktionen geführt; der Pflege des Geschäftsverkehrs mit den deutschen Banken ist besondere Sorgfalt gewidmet worden.

Die

Kreditoren und Debitoren

der Bankabteilung zeigen folgende Entwicklung:

Jahr	Debitoren Millionen RM	Kreditoren Millionen RM
1913	19,3	50,1
1923	18,8	15,4
1924	55,0	89,5
1925	113,8	197,9
1926	134,5	199,4
1927	154,1	233,4
1928	219,1	385,8

Wertpapier-
Depot.

Das

Wertpapierdepot-Konto,

das 1913 einen Bestand von 307,2 Millionen RM aufwies, hatte am Ende des Berichtsjahres wieder einen Bestand von

251,5 Millionen RM.

Umsatz bei der
Abrechnungs-
stelle.

Der

Umsatz bei der Abrechnungsstelle

belief sich 1928 auf

628,1 Millionen RM

gegenüber 413,6 Millionen RM im Jahre 1926 und 401,7 Millionen RM im Jahre 1927.

Die Landesbank als Girozentrale der rheinischen Sparkassen.

Von jeher sah die Landesbank in der Betreuung und Förderung der rheinischen Sparkassen eine besondere Aufgabe. Als Provinzialhilfskasse schon fiel ihr sachungsgemäß die Förderung des Sparkassenwesens als vornehmste Aufgabe zu; als Landesbank gestaltete sie die Beziehungen zu den rheinischen Sparkassen immer inniger und fungiert seit 1914 als deren Girozentrale. Mannigfaltig und umfangreich sind die Aufgaben, die ihr aus dieser Stellung erwachsen. Gering ist zwar die Aussicht unmittelbaren Gewinnes, doch müssen auch die mittelbaren Vorteile aus der Geldzentralisation und die Wichtigkeit der zu verfolgenden Ziele in die Waagschale geworfen werden. Unter dieser Voraussetzung erscheint auch die Zuschußbedürftigkeit des einen oder anderen Geschäftszweiges nicht als hinreichender Grund zu dessen etwaiger Ablehnung.

Einen Überblick über die Entwicklung der Tätigkeit unseres Institutes geben nachstehende Aufstellungen:

I. Kommunalen Giroverkehrs.

Kommunaler
Giroverkehr.

Jahr	Totaler Abrechnungsverkehr		Ferngiroverkehr bei der Zentrale	
	Stück	Betrag Mill. RM	Stück	Betrag Mill. RM
1914	7,1	Million. RM	—	—
1916	21,9	" "	0,1	Million. RM
1918	124,7	" "	4,9	" "
1919	292,3	" "	15,2	" "
1926	2 647,6	" "	52,3	" "
1927	3 978,4	" "	69,3	" "
1928	6 551,3	" "	348,1	" "

II. Wechsel- und Scheck-Inkassoverkehr.

Wechsel- und
Scheckinkasso.

Jahr	Wechselinkasso		Scheckinkasso	
	Stück	Betrag Mill. RM	Stück	Betrag Mill. RM
1925	50 775	37,8	1 109 577	340,4
1926	163 505	84,9	1 571 941	445,5
1927	224 714	96,4	2 226 660	719,0
1928	398 149	168,9	2 516 765	874,3

III. Inkasso von Reiseschecks.

Reisekredit-
schecks.

1928	Stückzahl	Betrag RM
Januar	102	37 980.—
Februar	96	47 225.—
März	109	96 770.40
April	154	85 020.—
Mai	223	56 830.—
Juni	556	109 943.55
Juli	855	171 069.35
August	2 299	432 028.67
September	961	187 118.98
Oktober	245	58 315.—
November	133	23 360.—
Dezember	110	31 465.—
	5 843	1 337 125.95

Eine besonders wichtige Aufgabe erfüllt die Landesbank als Geldsammel- und -ausgleichsstelle der rheinischen Sparkassen und öffentlichen Kassen. Zusammfassung des Kapitals und dessen nutzbringendste Verwaltung und Weiterverteilung ist in unserer kapitalarmen Zeit das Kardinalproblem. Indem die Sparkassen ihrer Girozentrale die disponiblen Beträge zuführen, schaffen sie sich überdies eine wirksame, zentral verwaltete Liquiditätsreserve.

Geldsammel-
und Aus-
gleichsstelle.

Die Guthaben und Verpflichtungen der Sparkassen bei der Landesbank zeigen folgende Entwicklung:

Guthaben und
Verpflich-
tungen der
Sparkassen.

Jahr	Guthaben Millionen RM	Verpflichtungen Millionen RM
1926	111,6	4,2
1927	73,2	1,6
1928	168,2	4,1

Der starke Zuwachs 1928 dürfte vor allem auf die Bestimmung der Mustersatzung, wonach 10% der Einlagen bei der Girozentrale zu belegen sind, zurückzuführen sein. Die Verzinsung dieser Guthaben setzt die Landesbank im Einvernehmen mit Vertretern der Sparkassen fest.

Bau-Zweck-
sparen.

Die noch immer der Lösung harrende Wohnungsfrage hat eine neue Form der Spartätigkeit, nämlich

das kollektive Bau-Zwecksparen

zu größerer Bedeutung gelangen lassen. Private Baupargenossenschaften verschiedenster Art und Qualität sind entstanden. Um diese Bewegung in ein den Sparern dienliches Geleise zu bringen, ist die Landesbank mit dem Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverband in Verhandlungen eingetreten, die im Laufe des neuen Jahres zu positiven Maßnahmen führen dürften.

Landesbank
und Spar-
kassen.

Die sorgfältigste Pflege der Interessen unserer rheinischen Sparkassen werden wir uns auch weiterhin, ebenso wie in der Vergangenheit, besonders angelegen sein lassen. Es ist uns auch angenehme Pflicht, an dieser Stelle den Sparkassen zu danken für das verständnisvolle Zusammenarbeiten mit ihrer Zentrale und für die gute Aufnahme, die unser Angebot auf Hereinnahme von Fünfjahres-Geldern bei ihnen fand. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die guten Beziehungen zwischen Landesbank und Sparkassen sich weiter vertiefen und festigen zu beiderseitiger Förderung und zum Nutzen der zu betreuenden Volkstriebe und Kommunen.

Bilanzsumme.

Die Bilanzsumme beträgt am Jahresende 749,5 Millionen RM und hat damit die Bilanzsumme von Ende 1913, die M. 668 169 358.51 betrug, um 81,4 Millionen RM überschritten.

Gesamtumsatz.

Der Gesamtumsatz stellte sich auf

21,516 Milliarden RM

gegenüber 16,1 Milliarden RM im Vorjahre.

Reingewinn.

Der Reingewinn beträgt nach Abzug der Verwaltungskosten und der notwendigen Abschreibungen

RM 2 819 199.84,

Gewinn-
verteilung.

deren Verteilung wir wie folgt vorschlagen:

RM	875 000.—	5%	Zinsen auf RM 17 500 000.— eingezahltes Stammkapital der Provinz und der Sparkassen,
„	875 000.—	5%	für weitere Rekonstruktion der Beteiligungen,
„	500 000.—		zur Verstärkung des Reservefonds,
„	100 000.—		zum Fonds für Ankauf von Maschinen,
„	250 000.—	„	„ „ Zinsverbilligungsaktionen,
„	50 000.—		für die Sterbekasse der Provinzialbeamten,
„	169 199.84		Vortrag für 1929.

RM 2 819 199.84.

Schlußbemerkungen.

In seiner Sitzung am 29. März 1928 beschloß der 74. Rheinische Provinziallandtag eine Änderung der §§ 5, 11 und 12 unserer Satzung. Durch diese Änderung wurden die Bestimmungen über die Ausgabe von Schuldverschreibungen und Pfandbriefen mit den neuen Vorschriften des Pfandbriefgesetzes vom 21. Dezember 1927 in Einklang gebracht, die Regelung der Unterschriftsleistung klarer gefaßt und endlich die Vermehrung der Vertreter des Sparkassenverbandes im Verwaltungsrat der Landesbank von fünf auf sechs sachungsmäßig festgelegt. Die vorgeschlagene Satzungsänderung fand am 12. Mai 1928 die Genehmigung des preußischen Staatsministeriums.

Auch im laufenden Jahre gebührt unserer gesamten Beamtenschaft und allen Angestellten wärmster Dank und Anerkennung für die treue und unermüdlige Mitarbeit. Schon am 16. Januar 1929 konnte der Jahresbericht und das Gesamtergebnis des Abchlusses von Zentrale und Filialen vorgelegt werden.

Die Filialen haben durchaus zufriedenstellend gearbeitet und entsprechend zum Gesamtergebnis beigetragen.

Bermutungen bezüglich der Entwicklung der Verhältnisse im neuen Jahre aussprechen zu wollen, wäre verfrüht, wird doch diese Entwicklung wesentlich beeinflusst werden durch den Ausgang der bevorstehenden Reparationsverhandlungen. Der Bericht des Reparationsagenten hat durch seine allzu optimistische Beurteilung unserer Wirtschaftslage eine für die deutsche Delegation ungünstige Atmosphäre geschaffen, die auch den öffentlichen Geldinstituten für das Jahr 1929 vorsichtigstes Geschäftsgebahren und vorjorglichste Liquidität zur strengen Pflicht macht. Wie aber auch immer der Ausgang der Verhandlungen sein wird, es bleibt zu hoffen, daß deutsche Energie allen Fährnissen zum Trotz sich durchringen wird. Im Kampf um die Erreichung dieses Zieles will die Landesbank der Rheinprovinz nicht in letzter Reihe stehen.

Düsseldorf, den 21. Januar 1929.

Die Generaldirektoren
der Landesbank der Rheinprovinz.
Bel. Bernegau.

Aktiva

Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz vom

		RM	PF.	
1.	Nicht eingezahltes Kapital		2 500 000	—
2.	Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine		451 821	87
3.	Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		1 686 653	63
4.	Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:			
	a) Schecks und Wechsel	RM 17 243 733.60		
	b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reiches und der Länder	" 27 810 000.—	45 053 733	60
5.	Rostroguthaben bei Banken und Bankfirmen:			
	a) bei Staatsbahnen und öffentl. rechtl. Kreditanstalten	RM 35 613 111.37		
	b) bei sonstigen Banken	" 25 025 678.49	60 638 789	86
6.	Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		1 181 225	35
7.	Eigene Wertpapiere:			
	a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder	RM 5 029 918.09		
	b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beletzbare Wertpapiere	" 15 897 928.03		
	c) sonstige börsengängige Wertpapiere	" 12 810 352.22	33 738 198	34
8.	Konfortialbeteiligungen		1 795 762	42
9.	Dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen		2 885 560	—
10.	Debitoren in laufender Rechnung:			
	a) Banken, festes Geld	RM 5 215 000.—		
	b) Sparkassen	" 4 126 048.77		
	c) Gemeinden und Gemeindeverbände	" 201 623 682.95		
	d) sonstige	" 8 193 192.69	219 157 924	41
11.	Abal- und Bürgschaftsdebitoren	RM 10 481 140.15		
12.	Langfristige Darlehen:			
	a) Hypotheken:			
	1. aus eigenen Goldpfandbriefen	RM 29 534 402.90		
	2. aus sonstigen Mitteln	" 14 015 738.81		
	3. aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt	" 11 404 508.73		
	4. aus der Wohnungsbau-Auslandsanleihe der Landesbankenzentrale A. G. (davon 1 051 000.— durch die Nassauische Landesbank im Bezirk Wiesbaden)	" 4 486 637.52		
		RM 59 441 287.96		
	b) Kommunaldarlehen:			
	1. aus eigenen Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen	RM 95 063 199.31		
	2. aus der eigenen Auslands-Anleihe	" 19 199 821.08		
	3. aus sonstigen Mitteln	" 121 272 310.10		
	4. aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes	" 9 212 833.50		
	5. für Zwecke des Kleinwohnungsbaues	" 23 332 673.50		
	6. Notstandskredite	" 567 619.38		
		RM 268 648 456.87	328 089 744	83
13.	Geldbeschaffungskosten zu 6 e und f der Passiva		266 247	01
14.	Rückständige Darlehnszinsen		1 805 296	24
15.	Zinsenanteile		2 442 011	37
16.	Bankgebäude		—	—
17.	Sonstige Immobilien		500 000	—
18.	Aufwertung:			
	a) Darlehnsforderungen einschl. Zinsrückstände	RM 39 826 627.06		
	b) Anlage in Effekten	" 3 183 000.—		
	c) Forderungen an die Aufwertungsmafse	" 4 364 314.69	47 373 941	75
			749 566 910	68

31. Dezember 1928 vor der Gewinnverteilung.

Passiva

		RM	ℳf.
1.	Kapitaleinlage:		
	a) Stammfonds	RM 10 000 000.—	
	b) Einlagen der beteiligten Sparkassen	" 10 000 000 —	20 000 000 —
2.	Reserve:		
	a) Sicherheitsfonds	RM 3 250 000.—	
	b) sonstige Rückstellungen	" 306 067.65	3 556 067 65
3.	Kreditoren:		
	a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	RM —	
	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	" 307 759 711.03	
	c) sonstige Kreditoren	" 78 074 855.96	385 834 566 99
	Von der Gesamtsumme der Kreditoren (mit Ausschluß von a) sind:		
	1. innerhalb 7 Tagen fällig	RM 62 743 769.34	
	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	" 308 865 797.65	
	3. nach mehr als 3 Monaten fällig	" 14 225 000.—	
4.	Abz- und Bürgschaftsverbindlichkeiten	RM 10 481 140.15	
5.	Akzepte		— —
6.	Langfristige Anleihen:		
	a) 6, 7 u. 8%ige Goldpfandbriefe	RM 25 551 600.—	
	b) 6, u. 7%ige Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen	" 70 454 000.—	
	c) 7%ige Auslands-Anleihe	" 19 225 000.03	
	d) Darlehen aus den Auslandsanleihen des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes	" 9 212 833.50	
	e) Beteiligung an den Auslandsanleihen d. Landesbankenzentrale A. G.	" 8 401 875.—	
	f) Darlehen aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt	" 12 025 391.32	
	g) Langfristige Darlehen	" 68 827 529.43	
	h) Notstands- u. Sonderkredite staatlicher Kreditanstalten	" 15 814 597.12	
	i) Bankgelder mit festen Laufzeiten	" 52 290 015.—	281 802 841 40
7.	Noch nicht eingelöste fällige Zinsscheine		459 175 69
8.	Zinsen-Anteile und vorausbezahlte Darlehenszinsen		4 636 901 —
9.	Noch nicht eingeforderter Betrag auf dauernde Beteiligungen		62 250 —
	Gewinn:		
	a) Vortrag aus 1927	RM 97 780.98	2 819 199 84
	b) in 1928	" 2 721 418.86	
10.	Aufwertung:		
	a) Schuld aus Rheinprovinz-Ablösungsanleihen mit und ohne Auslosungsrechten einschl. der gezogenen, aber noch nicht vorgelegten Stücke nebst deren Zinsen	RM 47 263 221.85	
	b) Rückstellung für später fällige Zinsen	" 3 132 686.26	50 395 908 11
			749 566 910 68

Die Uebereinstimmung der Bilanz mit den Büchern, den Vermögensbeständen und den Verhältnissen wurde festgestellt.

Düsseldorf, den 18. Januar 1929.
Treuhand- und Revisionsabteilung der Landesbank der Rheinprovinz.
 gez.: Kenn. gez.: Kleene.

Aktiva

Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz

		RM	fl.
1.	Nicht eingezahltes Kapital	2 500 000	—
2.	Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine	451 821	87
3.	Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 686 653	63
4.	Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schaganweisungen:		
	a) Schecks und Wechsel RM 17 243 733,60		
	b) unverzinsliche Schaganweisungen und Schagwechsel des Reiches und der Länder " 27 810 000,—	45 053 733	60
5.	Rostroguthaben bei Banken und Bankfirmen:		
	a) bei Staatsbanken und öffentl. rechtl. Kreditanstalten RM 35 613 111,37		
	b) bei sonstigen Banken " 25 025 678,49	60 638 789	86
6.	Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	1 181 225	35
7.	Eigene Wertpapiere:		
	a) Anleihen und verzinsliche Schaganweisungen des Reiches und der Länder RM 5 029 918,09		
	b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere " 15 897 928,03		
	c) sonstige börsengängige Wertpapiere " 12 810 352,22	33 738 198	34
8.	Konjortialbeteiligungen	1 795 762	42
9.	Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	2 885 560	—
10.	Debitoren in laufender Rechnung:		
	a) Banken, festes Geld RM 5 215 000,—		
	b) Sparkassen " 4 126 048,77		
	c) Gemeinden und Gemeindeverbände " 201 623 682,95		
	d) sonstige " 8 193 192,69	219 157 924	41
11.	Ab- und Bürgschaftsdebitoren RM 10 481 140,15		
12.	Vangfristige Darlehen:		
	a) Hypotheken:		
	1. aus eigenen Goldpfandbriefen RM 29 534 402,90		
	2. aus sonstigen Mitteln " 14 015 738,81		
	3. aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt " 11 404 508,73		
	4. aus der Wohnungsbau-Auslandsanleihe der Landesbanken-zentrale A. G. (davon 1 051 000.— durch die Nassauische Landesbank im Bezirk Wiesbaden) " 4 486 637,52		
		RM 59 441 287,96	
	b) Kommunaldarlehen:		
	1. aus eigenen Gold-Kommunal Schuldverschreibungen RM 95 063 199,31		
	2. aus der eigenen Auslands-Anleihe " 19 199 821,08		
	3. aus sonstigen Mitteln " 121 272 310,10		
	4. aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes " 9 212 833,50		
	5. für Zwecke des Kleinwohnungsbaues " 23 332 673,50		
	6. Notstandskredite " 567 619,38		
		RM 268 648 456,87	
		328 089 744	83
13.	Geldbeschaffungskosten zu G e und f der Passiva	266 247	01
14.	Rückständige Darlehnszinsen	1 805 296	24
15.	Zinsen-Anteile	2 442 011	37
16.	Bankgebäude	—	—
17.	Sonstige Immobilien	500 000	—
18.	Aufwertung:		
	a) Darlehnsforderungen einschl. Zinsrückstände RM 39 826 627,06		
	b) Anlage in Effekten " 3 183 000,—		
	c) Forderungen an die Aufwertungsmaße " 4 364 314,69	47 373 941	75
		749 566 910	68

31. Dezember 1928 nach der Gewinnverteilung.

Passiva.

			RM	ℳf.
1.	Kapitaleinlage:			
	a) Stammfonds	RM	10 000 000.—	
	b) Einlagen der beteiligten Sparkassen		10 000 000.—	20 000 000 —
2.	Reserve:			
	a) Sicherheitsfonds	RM	3 750 000.—	
	b) für Maschinenbeschaffung, Zinsverbilligungsaktionen und sonstige Rückstellungen	"	656 067.65	4 406 067 65
3.	Kreditoren:			
	a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	RM	—	
	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	"	307 759 711.03	
	c) sonstige Kreditoren	"	78 124 855.96	385 884 566 99
	Von der Gesamtsumme der Kreditoren (mit Ausschluß von a) sind:			
	1. innerhalb 7 Tagen fällig	RM	62 793 769.34	
	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	"	308 865 797.65	
	3. nach mehr als 3 Monaten fällig	"	14 225 000.—	
4.	Ab- und Bürgschafts-Versicherungen		RM 10 481 140.15	
5.	Akzepte			— —
6.	Langfristige Anleihen:			
	a) 6, 7 u. 8 %ige Goldpfandbriefe	RM	25 551 600.—	
	b) 6 u. 7 %ige Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen	"	70 454 000.—	
	c) 7 %ige Auslands-Anleihe	"	19 225 000.03	
	d) Darlehen aus den Auslandsanleihen des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes	"	9 212 833.50	
	e) Beteiligung an den Auslandsanleihen d. Landesbankzentrale N.G.	"	8 401 875.—	
	f) Darlehen aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt	"	12 025 391.32	
	g) Langfristige Darlehen	"	68 827 529.43	
	h) Notstands- und Sonderkredite staatlicher Kreditanstalten	"	15 814 597.12	
	i) Bankgelder mit festen Laufzeiten	"	52 290 015.—	281 802 841 40
7.	Noch nicht eingelöste fällige Zinsscheine			459 175 69
8.	Zinsenanteile und vorausbezahlte Darlehenszinsen			4 636 901 —
9.	Noch nicht eingefordeter Betrag auf bauernde Beteiligungen			62 250 —
10.	Gewinn-Vortrag			169 199 84
11.	Gewinn-Anteil auf Kapitaleinlage			1 750 000 —
12.	Aufwertung:			
	a) Schuld aus Rheinprovinz Ablösungsanleihen mit und ohne Auslösungsscheinen einschl. der gezogenen aber noch nicht vorgelegten Stücke nebst deren Zinsen	RM	47 263 221.85	
	b) Rückstellung für später fällige Zinsen	"	3 132 686.26	50 395 908 11
				<u>749 566 910 68</u>

Die Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern, den Vermögensbeständen und den Verhältnissen wurde festgestellt.

Düsseldorf, den 18. Januar 1929.
Treuhand- und Revisionsabteilung der
Landesbank der Rheinprovinz.
gez.: Kenn gez.: Kleene

V. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz gehört dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland an, der gegenwärtig die nachstehend verzeichneten öffentlichen Lebensversicherungsanstalten umfaßt:

1. Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft und des Kommunalen Spar- und Giroverbands für die Ostmark in Königsberg i. Pr.,
2. Lebensversicherungsanstalt Westpreußen in Danzig,
3. Niederschlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Breslau,
4. Oberschlesische Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt in Ratibor,
5. Pommerische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Stettin,
6. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Brandenburg in Frankfurt a. O.,
7. Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt, öffentliche Versicherungsanstalt für den Volksstaat Hessen und die preussische Provinz Hessen-Nassau in Wiesbaden,
8. Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt in Merseburg,
9. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf,
10. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen in Münster i. W.,
11. Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein in Kiel,
12. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Hannover in Hannover,
13. Öffentliche Versicherungsanstalt der Sächsischen Sparkassen in Dresden,
14. „Bayern“, Öffentliche Anstalt für Volks- und Lebensversicherung in München,
15. Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg in Oldenburg i. O.,
16. Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Baden in Mannheim,
17. Öffentliche Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt Braunschweig.

Das Arbeitsgebiet der Mitgliedsanstalten des Verbandes umfaßt das Deutsche Reich mit dem Freistaat Danzig, aber ohne Württemberg und Hohenzollern. In diesen beiden Gebieten wirkt die

Deutsche Versorgungsanstalt Versicherungsbank A.-G.,

ein gemeinnütziges Lebensversicherungsunternehmen, das mit der öffentlichen Lebensversicherung in engster Arbeitsgemeinschaft steht. Die Deutsche Versorgungsanstalt, deren Aktien sich ausschließlich in den Händen des Württembergischen Sparkassen-Giroverbandes in Stuttgart und des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland befinden, ist als Platzhalterin einer öffentlichen Anstalt für Württemberg und Hohenzollern anzusehen.

Im Geschäftsjahr 1928 wurden bei der Anstalt in der Lebensversicherung beantragt 3300 Versicherungen über 17 686 691.— RM Versicherungssumme. Davon traten in Kraft 2942 Versicherungen über 15 961 979.— RM Versicherungssumme.

Durch Tod, Rückkauf, Verfall und Reduktion kamen 419 Versicherungen über 2 596 819.— RM Versicherungssumme in Abgang.

Am Ende des Berichtsjahres waren an selbst abgeschlossenen Versicherungen in Kraft

10 748 Todesfallversicherungen über 62 356 404.— RM Versicherungssumme

5 Rentenversicherungen über 5 973.— RM Jahresrente.

Die dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland angehörenden, auf der Vorderseite abgedruckten Anstalten einschließlich der Deutschen Versicherungsanstalt wiesen zusammen Ende 1928 einen Versicherungsbestand auf von

620 762 Versicherungen über

1 313 123 375.— RM Versicherungssumme und

85 608.— RM Jahresrente.

In der Unfallversicherung wurden im Geschäftsjahr von der Anstalt neu abgeschlossen 1035 Versicherungen mit 198 386,68 RM Jahresprämie.

Ende 1928 waren an selbst abgeschlossenen Versicherungen in Kraft
4208 Versicherungen über 703 135.68 RM Jahresprämie.

Die Gewinn- und Verlustrechnung in der großen Lebensversicherung schließt mit einem Überschuß von 467 227.37 RM ab, der voll in die Überschußrücklage fließt. Eine günstig verlaufene Sterblichkeit, gute Kapitalerträge und eine sorgfältige Beobachtung der Verwaltungskosten haben gleichermaßen zur Bildung dieses Überschusses beigetragen.

Aus der Überschußrücklage können auf die gewinnberechtigten Versicherungen der großen Lebensversicherung mit und ohne Untersuchung im Versicherungsjahre 1930 folgende Überschußanteile gewährt werden:

1. für alle Versicherungen, welche wenigstens zwei volle Versicherungsjahre bestanden haben, bei Barbezug der Überschußanteile ein Grundbetrag von 10% des gewinnberechtigten Tarifbeitrages und bei Summenzuwachs ein Grundbetrag von 10% der Versicherungssumme;
2. auf alle Versicherungen, welche wenigstens fünf volle Versicherungsjahre bestanden haben, ein Zusatzbetrag von 5% des gewinnberechtigten Tarifbeitrages bzw. eine diesem Zusatzbetrag entsprechende Summenerhöhung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung in der Sterbegeldversicherung schließt mit einem Überschuß von 2 565.57 RM ab, der voll in die Überschußrücklage der Versicherten fließt.

In der Unfallversicherung hielt sich der Schadensverlauf im abgelaufenen Geschäftsjahr in erträglichen Grenzen. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Überschuß von 22 648.95 RM ab. Der Überschuß wird voll einer Sicherheitsrücklage überwiesen, deren Bildung bei der heutigen Lage der Unfallversicherung dringend erforderlich ist.

Düsseldorf, den 30. Juni 1929.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Adams.

Reßing.

I. Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		1931	1930	1931	1930	
		RM	RM	%	%	
I	Überträge aus dem Vorjahre:					
1.	Dedungskapital		1.506.024	—	—	
2.	Beitragsüberträge		1.014.199	—	—	
3.	Rücklage für schwebende Versicherungsfälle		8.000	—	—	
4.	Überschlußrücklage der Versicherten	480.375	56	814.366	65	
	Zusatz aus dem Überschusse des Vorjahres	333.599	69	15.835	14	
5.	Sonstige Rücklagen			3.858.424	79	
II	Beiträge für:					
1.	Kapitalversicherungen auf den Todesfall					
a)	selbst abgeschlossene	2.575.836	87			
b)	in Rückdeckung übernommene	104.242	38	2.680.079	25	
2.	Rentenversicherungen					
a)	selbst abgeschlossene	2.065	79	2.065	79	
b)	in Rückdeckung übernommene	—	—	—	—	
3.	Sonstige Versicherungen					
a)	selbst abgeschlossene	16.235	68	16.235	68	
b)	in Rückdeckung übernommene	—	—	2.696.380	72	
III	Nebenleistungen der Versicherungsnehmer					
IV	Kapitalerträge:					
1.	Zinsen für festgelegte Gelder		269.055	58		
2.	Zinsen für vorübergehend belegte Gelder		46.428	20		
3.	Wiedererträge		15.135	96	328.219	74
V	Gewinn aus Kapitalanlagen:					
1.	Burdgewinn		5.000	—	—	
2.	Sonstiger Gewinn		92.058	67	97.058	67
VI	Vergütung der Rückversicherer für:					
1.	Orglungung des Dedungskapital		161.565	83		
2.	Eingetretene Versicherungsfälle		131.168	—		
3.	Rückübertragene Versicherungen		150.259	21		
4.	Sonstige vertragmäßige Leistungen		42.604	33	485.537	86
VII	Sonstige Einnahmen				1.635	99
	Gesamteinnahmen				6.899.278	97

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM 6.899.278,37
Gesamtausgaben	6.432.050,90
Überschuß der Einnahmen	RM 467.227,37

D. Verwendung des Überschusses.

An die Überschulrücklage der Versicherten	RM 467.227,37
---	---------------

in der Lebensversicherung.

B. Ausgaben.		1931	1930	1931	1930		
		RM	RM	%	%		
I	Zahlungen für unerledigte Versicherungsfälle der Vorjahre:						
a)	geleistet		8.000	—	—		
b)	zurückgestellt		—	8.000	—		
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahre für:						
	Kapitalversicherungen auf den Todesfall						
a)	geleistet	282.850	48	217.350	48		
b)	zurückgestellt	31.500	—	—	—		
III	Vergütung für in Rückdeckung übernommene Versicherungen:				104.434	12	
IV	Zahlungen und Rückstellungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen (Rückkauf)				76.254	50	
V	Überschulanteile an Versicherte				112.186	16	
VI	Rückversicherungsbeiträge für:					461.581	83
	Kapitalversicherungen auf den Todesfall						
VII	Verwaltungskosten:						
1.	Abschlußkosten	510.613	19	154.110	01		
2.	Sonstige Verwaltungskosten	6.171	67	670.894	87		
3.	Steuern						
VIII	Abschreibungen				12.439	99	
IX	Verlust aus Kapitalanlagen:						
1.	Grundverlust		12.894	25	12.894	25	
2.	Sonstiger Verlust		—	—	—	—	
X	Dedungskapital am Schluß des Rechnungsjahres für:						
1.	Kapitalversicherungen auf den Todesfall	2.757.638	—	2.760.978	—		
2.	Rentenversicherungen	3.445	—	—	—		
XI	Beitragsüberträge am Schluß des Rechnungsjahres für:						
1.	Kapitalversicherungen auf den Todesfall	1.176.086	—	1.177.021	—		
2.	Rentenversicherungen	935	—	—	—		
XII	Überschulrücklage der Versicherten				718.015	64	
XIII	Sonstige Ausgaben						
	Gesamtausgaben				6.432.050	90	

II. Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		RM	PF.	RM	PF.	RM	PF.
I	Überträge aus dem Vorjahre:						
	1. Deckungskapital			2 288	—		
	2. Beitragsüberträge			—	—		
	3. Gewinnreserven der Versicherten						
	Zunahme aus dem Überschuß der Vorjahre	680	00	680	00	2 288	00
II	Beiträge für:						
	selbst abgeschlossene Kapitalversicherungen auf den Todesfall					18 905	45
III	Nebenleistungen der Versicherungsnehmer					—	—
IV	Kapitalerträge:						
	Zinsen					342	48
V	Sonstige Einnahmen						37 44
	Gesamteinnahmen					21 554	42

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM 21 554 42
Gesamtausgaben	18 988 80
Überschuß der Einnahmen	RM 2 565 57

D. Verwendung des Überschusses.

An die Überschußrücklage der Versicherten	RM 2 565 57
---	-------------

in der Sterbegeldversicherung.

B. Ausgaben.		RM	PF.	RM	PF.	RM	PF.
I	Zahlungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr für Kapitalversicherungen auf den Todesfall						
	a) geleistet			4 162	—		
	b) zurückgezahlt			278	—	4 440	—
II	Zahlungen und Rückstellungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen (Rückkauf)						237 85
III	Gewinnanteile an Versicherten aus dem Geschäftsjahre:						100 —
IV	Verwaltungskosten:						
	1. Abschlußkosten			3 786	27		
	2. Sonstige Verwaltungskosten			1 748	75	5 545	02
V	Abschreibungen						9 93
VI	Deckungskapital am Schlusse des Rechnungsjahres für Kapitalversicherungen auf den Todesfall						8 076 —
VII	Gewinnreserve der Versicherten						580 00
	Gesamtausgaben					18 988	80

III. Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		RM	pf.	RM	pf.
I	Überträge aus dem Vorjahre:				
	1. Vortrag aus dem Überschusse	327	87		
	2. Deckungskapital	493	41		
	3. Beitragsüberträge	77 928	70		
	4. Schadenreferenzen	135 116	48	213 865	96
II	Beiträge für Unfallversicherungen:				
	a) selbst abgeschlossen	635 358	96		
	b) in Rückdeckung übernommen	78 980	62	744 339	58
III	Hebenleistungen der Versicherungsnehmer				
IV	Kapitalerträge (Zinsen)			2 803	70
V	Gewinn aus Kapitalanlagen				
VI	Vergütungen der Rückversicherer für:				
	1. Ergänzung des Deckungskapitals gemäß § 58 P. B. G.				
	2. Eingetretene Versicherungsfälle	94 174	87		
	3. Vorzeitig aufgelöste Versicherungen				
	4. Sonstige vertragmäßige Leistungen	52 746	61	146 921	48
VII	Sonstige Einnahmen			195	39
	Gesamteinnahmen			1 107 685	11

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM 1 107 685,11
Gesamtausgaben	1 085 036,16
Überschuß der Einnahmen	RM 22 648,95

D. Verwendung des Überschusses.

An die Sicherheits- und Ausgleichsrücklage	RM 22 648,95
--	--------------

in der Unfallversicherung.

B. Ausgaben.		RM	pf.	RM	pf.
I	Zahlungen für Versicherungsfälle der Vorjahre aus selbst abgeschlossenen Versicherungen				
	a) geleistet	115 083	96		
	b) zurückgestellt	15 840	—	134 423	96
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Rechnungsjahr aus selbst abgeschlossenen Versicherungen				
	a) geleistet	264 282	27		
	b) zurückgestellt	150 885	—	405 167	27
III	Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versicherungen			79 098	41
IV	Zahlungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen				
V	Rückversicherungsbeiträge			153 180	29
VI	Verwaltungskosten:				
	1. Agentenprovisionen	116 942	65		
	2. Sonstige Verwaltungskosten	102 129	21		
	3. Steuern			219 071	86
VII	Abschreibungen			114	84
VIII	Verlust aus Kapitalanlagen				
IX	Beitragsrückgewährreferenzen			667	98
X	Beitragsüberträge für selbst abgeschlossene Versicherungen in eigener Rechnung			93 311	55
XI	Sonstige Rücklagen				
XII	Sonstige Ausgaben				
	Gesamtausgaben			1 085 036	16

IV. Gesamtbilanz für den Schluß

A. Vermögen.		1928	1927
		RM	RM
I	Grundbesitz		178 000
II	Hypotheken		1 802 600
III	Darlehen an öffentliche Körperschaften		422 000
IV	Wertpapiere		1 095 420
V	Darlehen auf Versicherungsscheine		170 796
VI	Guthaben:		
	1. bei der Landesbank der Rheinprovinz und bei öffentlichen Sparkassen	1 946 593	1 961 000
	2. bei anderen Versicherungsunternehmen	120 546	2 067 540
VII	Geschuldet Beiträge		646 017
VIII	Rückständige Zinsen und Werten		59 320
IX	Guthaben bei Forderungen und aus direktem Zinseszins		343 790
X	Raffenbestand einschl. Vorkaufsguthaben		50 100
XI	Umschichtung		1
XII	Einlagenanteile des Aufsichtsrats		270 797
XIII	Sonstiges Vermögen		49 260
Gesamtbetrag			6 661 654

Düsseldorf, den 30. Juni 1929.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Adams.

Reising.

des Rechnungsjahres 1928.

B. Verbindlichkeiten.		1928	1927
		RM	RM
I	Dedungskapital für:		
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	2 507 533	—
	2. Zinsbegleitversicherungen	8 076	—
	3. Rentenversicherungen	3 445	—
	4. Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr	667	98
II	Beitragsüberschüsse für:		
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	1 170 086	—
	2. Rentenversicherungen	195	—
	3. Unfallversicherungen	93 311	55
III	Rücklage für schwelende Versicherungsfälle		245 280
IV	Überschussrücklage der Versicherten		718 595
V	Aufwertungsfond		276 797
VI	Rücklage für Verwaltungskosten:		
	1. Abschlußkosten	81 732	96
	2. Sonstige Verwaltungskosten	47 302	40
VII	Sonstige Reserven und Rücklagen:		
	1. Nicht abgehobene Gewinnanteile		30 686
VIII	Guthaben anderer Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsgeschäft		74 277
IX	Sonstige Verbindlichkeiten:		
	1. Vorausgezahlte Beiträge	84 171	90
	2. Nicht abgeführte Steuern	19 032	61
	3. Nicht abgeführte Rückvergütungen	2 442	44
	4. Tilgungsfonds für Darlehen	1 051	20
	5. Guthaben der Vertrieber	5 445	89
	6. Guthaben anderer Versicherungsunternehmen	484 241	51
	7. Zinsrücklage aus Tilgung bei Kapitalanlagen	17 400	—
	8. Pensionsfonds	40 000	—
X	Überschuß		402 441
Gesamtbetrag			6 661 654

Daß das in die Bilanz eingestellte Dedungskapital nach den Vorschriften des Geschäftsplanes berechnet ist, wird hiermit bestätigt.

Dr. Meyer,
Geschäftsführer

des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland.

Die Übereinstimmung des vorstehenden Rechnungsabchlusses 1928 der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz mit den ordnungsmäßig geführten Büchern wird hiermit bestätigt.

Revisionsabteilung

des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland.
I. R. Kay.

Erläuterungen.**1. Zur Gewinn- und Verlustrechnung in der Lebensversicherung.**

A. Einnahmen.

- II. 3. Bei den sonstigen selbst abgeschlossenen Versicherungen handelt es sich um Invaliditäts- und andere Zusatzversicherungen.
- V. 2. Der sonstige Gewinn aus Kapitalanlagen ergibt sich mit RM 6000.— aus dem Damno bei Darlehn an öffentliche Körperschaften, mit RM 261.65 aus einem Bonus beim Kauf von Staatsanleihen und mit RM 15 797.02 aus dem Disagio bei Hypothekenanlagen.
- VI. 4. Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ sind Abschlußgebühren des Rückversicherers.

B. Ausgaben.

- VII. 1. In den „Abschlußkosten“ sind RM 30 305.35 Arztkosten enthalten.
2. Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:
- | | | |
|--|--------------|---------------|
| a) Inlassoprovisionen | RM 27 419.75 | |
| b) sonstige persönliche Kosten | „ 97 275.21 | |
| c) sächliche Kosten | „ 29 415.05 | RM 154 110.01 |
- In den Verwaltungskosten sind auch die auf die gestundeten Beiträge entfallenden Rückstellungen enthalten.
- VIII. Die Abschreibungen erfolgten auf das Dienstgebäude der Anstalt mit RM 12 000.— und auf Ausstände bei Vertretern mit RM 439.99.
- IX. 1. Die aufgeführten RM 12 894.25 stellen den buchmäßigen Kursverlust dar.

2. Zur Gewinn- und Verlustrechnung in der Sterbegeldversicherung.

B. Ausgaben.

- V. Die Abschreibungen von RM 9.93 beziehen sich auf Ausstände bei den Vertretern.

3. Zur Gewinn- und Verlustrechnung in der Unfallversicherung.

A. Einnahmen.

- VI. 4. Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ sind Abschlußgebühren des Rückversicherers.

B. Ausgaben.

- VI. 2. Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:
- | | |
|---------------------------------|---------------------|
| a) persönliche Kosten | RM 75 507.37 |
| b) sächliche Kosten | „ 26 621.84 |
| | Summe RM 102 129.21 |
- VII. Die Abschreibungen von RM 114.84 erfolgten auf Ausstände bei Vertretern.
- X. Die Beitragsüberträge beziehen sich auf die selbstabgeschlossenen Versicherungen, soweit diese im Selbstbehalte der Anstalt verbleiben.

4. Zur Bilanz.

A. Vermögen.

- I. Der Grundbesitz besteht aus dem Dienstgebäude der Anstalt Düsseldorf, Elisabethstraße 11.
 IV. Der Bestand an Wertpapieren am 31. Dezember 1928 setzt sich wie folgt zusammen:

	Bezeichnung der Wertpapiere	Nennwert in deutscher Reichswährung	Kurswert für den Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres	Bilanzwert
1.	Reichs- und Staatsanleihen	RM 205 000.—	RM 182 000.—	RM 182 000.—
2.	Goldpfandbriefe und Gold-Kommunalschuldverschreibungen der Landesbank der Rheinprovinz	" 875 000.—	" 826 875.—	" 819 718.75
3.	Rentenbankanleihe (Central-Bank for Agriculture Germ. Gold-Farm-Loan)	" 96 600.—	" 93 702.—	" 93 702.—
			<u>RM 1 102 577.—</u>	<u>RM 1 095 420.75</u>

- VI. Der Posten setzt sich zusammen aus:
 Guthaben bei der Landesbank der Rheinprovinz RM 1 182 599.—
 " " öffentlichen Sparkassen in lfd. Rechnung " 59 894.96
 langfristig für
 Hypotheken " zur Verfügung gestellt " 704 500.—
 Summe RM 1 946 993.96

- VII. Der Betrag besteht nur aus technisch gestundeten Beiträgen.
 XIII. Die sonstigen Aktiva bestehen mit RM 45 588.52 aus vorausgezahlten Bezügen und RM 3 671.76 aus Guthaben bei andern Versicherungsunternehmen, die nicht aus den laufenden Rückversicherungsverkehr herrühren.

Finanzielles Ergebnis aus der Sterblichkeit
 für Kapitalversicherungen auf den Todesfall
 einschließlich Sterbegeldversicherungen.

Es waren im Rechnungsjahr 1928 für Todesfälle zu zahlen oder zurückzustellen (einschl. der in Rückdeckung gegebenen Summen) RM 382 940.08*
 Es standen zur Verfügung:

1. aus dem Deckungskapital der durch Tod erloschenen Versicherungen RM 20 148.—
 2. aus dem Gefahrbeitrag sämtlicher Todesfallversicherungen
 a) Lebensversicherung RM 371 624.35**
 b) Sterbegeldversicherung 3 746.— " 375 370.35
 3. aus der Vergütung der Rückversicherer für durch Tod erloschene Versicherungen " 131 168.— RM 526 686.35
 Der Überschuß aus der Sterblichkeit betrug hiernach: RM 143 746.27

*) Darin enthalten RM 35 266.— diskontierter Wert der Versicherungssummen zu festem Termin.
 **) Hierbei ist die an die Rückversicherer für Todesfallversicherungen gezahlte Risikoprämie im Betrage von RM 79 708.86 in Abzug gebracht.

Für Kapital- und Rentenversicherungen auf den Lebensfall.

Es hätten durch Todesfälle an Prämienreserve frei werden sollen RM 26.—
 Es sind frei geworden " —.—
 Der Verlust aus der Sterblichkeit betrug hiernach RM 26.—

Bewegung des Versicherungsbestandes 1928.

(Ungerechnet in Reichsmark.)

	Kapitalversicherungen auf den Todesfall						Renten- versiche- rungen	
	Selbstabgeschlossene Versicherungen		Zusgesamt		In Rückbeh. genommene Verf.			
	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe
Es traten neu in Kraft	2341	15 589 363.—	598	250 774.—	2939	15 840 137.—	594	586 465.—
Wiederinkaufversicherung	2	55 000.—	—	—	2	55 000.—	5	2 823.—
Erhöhung bestehender Verf. Übertragung infolge Stinbe- rung der Versicherungsart	—	19 500.—	—	30.—	—	19 530.—	—	6 100.—
Übertragung auf andere Versicherungsart	1	47 312.—	—	—	1	47 312.—	—	—
Gesamtter Zugang	2344	15 711 175.—	598	250 804.—	2942	15 961 979.—	599	595 391.—
Dazu Bestand am Ende des Vorjahres	7679	48 854 642.—	546	136 583.—	8225	48 991 235.—	2742	2 442 781.—
Zusammen	10023	64 565 817.—	1144	387 387.—	11167	64 953 214.—	3341	3 038 172.—
Abgang durch Tod	52	410 407.—	13	5 631.—	65	416 038.—	23	26 802.—
Abkauf	173	979 112.—	20	4 062.—	193	983 174.—	14	23 530.—
Verfall	130	803 883.—	31	13 336.—	161	817 219.—	427	179 402.—
Reduktion	—	379 952.—	—	427.—	—	380 379.—	57	60 200.—
Übertragung auf andere Versicherungsart	—	—	—	—	—	—	—	21 998.—
Gesamtter Abgang	355	2 573 354.—	64	23 456.—	419	2 596 810.—	521	3 111 932.—
Bestand am Ende des Be- richtigsjahres	9668	61 992 463.—	1080	363 941.—	10 748	62 356 404.—	2830	2 726 240.—

In der Unfallversicherung traten an selbst abgeschlossenen Versicherungen in Kraft 1035 Versicherungen mit Todesbeiträgen in Höhe von RM 198 386,68.
Der Versicherungsbestand Ende 1928 belief sich auf 4208 Versicherungen mit Todesbeiträgen in Gesamthöhe von RM 703 135,68.

Düsseldorf, den 17. März 1930.

Der Provinzialausführer:

Dr. Menauer,
Vorstandsmitglied.

Dr. Gorton,
Gesamtschulungsleiter.

